

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 118 · 9. JAHRGANG · AUSGABE 11/2004 · VOM 5. NOVEMBER 2004 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Eberswalde und der gordische Knoten**  
Des Bürgermeisters letzte Chance

6 | **Beigeordnetenwahl als Machtkampf**  
Gegendarstellung von L. Landmann

7-10 | **Montagsdemos in Eberswalde**  
Dokumentation

## Eberswalder Zoo als Sanierungsfall

**Eberswalde (bbp).** Der als »bester Kleinzoo« ausgezeichnete Eberswalder Tierpark steckt tief in den roten Zahlen. Laut HH-Planentwurf 2005 soll der Zuschuß aus dem Stadthaushalt bei fast 827.400 Euro liegen. Das sind 140.200 Euro mehr als der im Mai verabschiedete Plan für 2004 vorsah. Bereits 2003 mußte die Stadt rund 230.000 Euro mehr als die ursprünglich geplanten 562.000 Euro für den Defizitausgleich zur Verfügung stellen. Während die Ausgaben seit 2003 relativ konstant bei 1,8 Millionen Euro pro Jahr liegen, blieben die Einnahmen aus Eintrittsgeldern deutlich unter den Erwartungen. Statt der geplanten 950.000 Euro flossen nur knapp 800.000 Euro aus Eintrittsgeldern in die Kasse. Der Rechnungsabschluß für 2003 kommentiert dieses Einnahmedefizit lapidar mit den Worten: »Der Planansatz war zu hoch«. Dabei gab es schon 2002 ähnliche Unterschiede zwischen Planansatz und realen Einnahmen.

Unklar ist, ob die Inanspruchnahme des Tierparkdirektors Bernd Hensch infolge der Mitbetreuung der LAGA für die nicht realisierten Einnahmen verantwortlich ist oder ob es sich von vornherein um eine bewußte Verschleierung des tatsächlichen Zuschußbedarfs handelte.

In einem ersten Entwurf zum Haushaltssicherungskonzept 2005 hat die Stadtverwaltung die Gründung einer »Zoo-Stiftung« als Lösungsvorschlag der Tierparkkrise vorgesehen. Mit der »Zoo-Stiftung« soll erreicht werden, daß die jährlichen Zuschüsse für den Tierpark auf rund 620.000 Euro festgeschrieben werden. Auch die im Finanz- und im Sozialausschuß diskutierten Vorschläge bewegen sich in Bezug auf die städtischen Zuschüssen in ähnlichen Größenordnungen und bleiben damit noch über dem ursprünglichen Planungsansatz von 2003.

Tierparkdirektor Dr. Bernd Hensch sieht die Probleme indes weniger dramatisch. Seine Lösung besteht darin, die aus einer Erbschaft herrührenden finanziellen Möglichkeiten für den Bau neuer Tiergehege zu nutzen. Dadurch würde der Tierpark noch attraktiver werden, was zu höheren Besucherzahlen führen würde. Außerdem könnte damit die Erhöhung der Eintrittspreise gerechtfertigt werden, um auch auf diese Weise die Einnahmen zu erhöhen. (Seite 4)



Kamele im Eberswalder Tierpark.

## Aktionstag gegen Gewalt an Frauen

Europaweit finden seit Jahren am 25. November, dem Aktionstag gegen Gewalt an Frauen, Veranstaltungen statt, die für dieses Thema sensibilisieren wollen. Lange totgeschwiegen, rückt das Problem häusliche Gewalt immer mehr in den Blickpunkt. Die Bundesregierung reagierte im Dezember 1999 mit dem »Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen«, dessen Kernstück das »Gewaltschutzgesetz« bildet. Das Land Brandenburg verabschiedete 2001 den Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Danach ist grundsätzlich auch die besondere rechtliche und soziale Situation von Migrantinnen zu berücksichtigen.

Gewalt trifft Frauen, unabhängig von Bildungsstand, Einkommen, Nationalität, Religion, Alter oder ethnischer Zugehörigkeit. In aller Regel sind die Täter Männer. Die Frauen sprechen meist nicht von sich aus über ihre Gewalterfahrungen, aus Scham, Schuldgefühl oder Angst vor einer Verschlimmerung der Situation. Bei der Suche nach Hilfe für Migrantinnen ergeben sich oft besondere kulturelle und rechtliche Barrieren. Ein Teil lebt völlig isoliert vom deutschen Umfeld, sprachliche Barrieren behindern ihre Suche nach Information und Hilfe. Vor die-

sem Hintergrund geht es um Informationen über die praktische Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes und die Besonderheiten im Kontext zum Ausländerrecht. Wenn an diesem Tag am Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel die große »Terre de femme« Fahne hängt, ist auch dies ein Signal dafür, daß unsere Veranstaltung ein Mosaikstein im europaweiten Bemühen gegen Gewalt an Frauen ist.

Die Veranstaltung beginnt am 5. November um 10 Uhr im Gemeindezentrum Brandenburgisches Viertel. Es diskutieren: Ines Sprenger (Stellvertreterin der Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg), Dorothea Hecht (Juristin und Koordinatorin bei BIG), Marieta Böttger (Ausländerbeauftragte des Landkreises Barnim), Bärbel Bedurke (Sozialarbeiterin Frauenhaus Barnim), Irina Holzmann (Projektleiterin der Selbsthilfegruppe Kontakt), Beatrix Decking (Sozialarbeiterin Caritas). Im Anschluß laden die Veranstalterinnen zu einem Konzert mit dem »Duo Klaster Royal« ein.

(gemeinsame Pressemitteilung der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Eberswalde, der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Barnim und der Ausländerbeauftragten des Landkreises Barnim)

## DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

FINDET WIEDER AUF DEM MARKTPLATZ STATT. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST 17.30 UHR.  
ANSCHLIEßEND IST EINE DEMONSTRATION DURCH DIE INNENSTADT GEPLANT.

## Die dritte Zukunft **Häftlings-Briefe**

*In manchen Sprachen gibt es eine dritte Zukunft. Irgendwo zwischen vollendeter und unvollendeter, möglicher und notwendiger Gewissheit spricht man in der dritten Zukunft. Wenn auch die Grammatik der dritten Zukunft etwas schwierig erscheint, die Worte sind es nicht. In der dritten Zukunft sagt man was man meint und meint was man sagt. Dafür eignet sich sogar die deutsche Sprache.*

*In der dritten Zukunft benötigt man viele Begriffe überhaupt nicht. Krieg und Soldaten, Amt und Beamte, Formulare, Versicherungen, Angst und Schrecken, Feuerbrünste und dieser überflüssige Kram sind aus dem Wortschatz verschwunden. Atomwaffen, Partei, Giftgas, Zank und Rechtsanwalt, Finanzamt und Richter, Steuer und Zinsen stehen nicht einmal mehr im Duden. Die vielen Gesetze in Amtsdeutsch kann man gar nicht lesen und keiner vermisst sie. Egoisten, Faulenzer und Berater sind verschwunden. Niemand käme auf die Idee, irgendetwas nach Personen zu benennen. So wichtig nimmt sich in der dritten Zukunft kein Mensch. Neue Wörter machen die Runde. Man verwendet zwanzig verschiedene Ausdrücke für Arbeit, je nachdem wie nützlich und erfüllend sie ist. Wortverdrehungen sind verpönt. Kürzung heißt nicht etwa Reform. Ein Sparer sammelt Geld und macht nicht nur weniger Schulden. Verschwendung wird sogar bestraft. Der Staat ist für die Menschen da und nicht für seine Angestellten. Unbestimmte Worte wie Steuerentlastung, Bürgermeister, Kreisverwaltung, Krankenkasse, Einkaufszentrum, Francise, McDonald, Kundendienstmitarbeiter, Sparkasse, Leiharbeiter, Arbeitgeber und Arbeitsberater kommen nicht mehr vor.*

*Verben benutzt man in der dritten Zukunft viel häufiger. Teilen und freuen, reden und lachen, helfen und verstehen kommen in jeder Rede vor. Es wird oft miteinander geschwätzt. Niemand lügt und betrügt. Weinen und schlagen, klauen und betrügen, stempeln und genehmigen sind unbekannt. Alle schaffen und bilden sich. Man unterscheidet zehn Formen der Bewegung nach ihrer Schönheit. Niemand steht still. Auch Eigenschaftswörter wie höflich, freundlich, fleißig, schön, ehrlich, zuverlässig, liebenswürdig stehen in der dritten Zukunft hoch im Kurs. Sie sehen, die dritte Zukunft ist viel bunter und genauer. Die Menschen haben Zeit, sich alles exakt anzusehen und zu beschreiben. Sie kümmern sich und passen auf, daß es gerecht in der Gesellschaft zugeht. Man muß nur auf die Worte achten, die Grammatik ergibt sich wie von selbst. Probieren Sie es doch mal mit der dritten Zukunft.*

Dr. MANFRED PFAFF

*Insassen der KZ-Außenlager in Eberswalde und Finow erinnern sich*

**Eberswalde (fge).** Das Geschichtswissenschaftliche Institut Eberswalde, Träger ist der gemeinnützige Verein Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde, hat im Eigendruck eine Broschüre »Briefe ehemaliger KZ-Häftlinge über die KZ-Außenlager in Finow und Eberswalde« herausgegeben. Die Ausgabe enthält 40 Seiten, sie kann gegen eine Spende in Höhe von zehn Euro erworben werden. Bestellung über holger.kliche@uffizio.de (Spendenbescheinigung wird ausgestellt). Im Vorwort von Vereinschef Holger Kliche heißt es:

*»Die nachfolgenden Briefe ehemaliger KZ-Häftlings-Frauen, die an verschiedensten Orten Zwangsarbeit verrichten mußten, geben kein lückenloses Bild, aber viele Details über die unmenschlichen Bedingungen sowohl im Lager wie in den Betrieben. Eines hatten diese Frauen gemeinsam – alle waren in Außenlagern des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück in Finow oder in Eberswalde zur Zwangsarbeit eingesetzt. Wir sind froh, daß die Briefe erhalten blieben. Sie wurden uns von der Gedenkstätte Ravensbrück zur Übersetzung und Auswertung übergeben.«*

Holger Kliche begann Mitte der 90er Jahre mit der Aufarbeitung der Geschichte beider KZ-Lager, zeitweise unter dem Dach des Barnimer Bürgerpost e.V. Dokumente über den Bau der Lager und auch Zeitzeugen, die sich noch erinnerten, konnten ausfindig gemacht werden. *»Aber nichts über die Häftlinge. Hier waren alle Spuren sorgsam beseitigt worden. Schon 1969 stellte die Zentralstelle zur Ermittlung von Naziverbrechen in Ludwigsburg fest, daß weder bei IST Arolsen noch anderen Einrichtungen Namen oder Transportlisten für diese Nebenlager aufgefunden werden konnten. Es ist der Initiative von Eliza Temler, selbst Häftling in Auschwitz und Ravensbrück, zu verdanken, daß wenigstens ein Teil der Namen und Schicksale dem Vergessen entrissen wurde. Sie wandte sich in Zusammenarbeit mit dem Klub Ravensbrück Anfang der 70er Jahre an ehemalige Mithäftlinge und bat um die 'Zusendung ihrer Erlebnisse in Eberswalde'. Im 'Schneeballsystem' beteiligten sich auch andere. So entstanden diese Erlebnisberichte. Nach zwei Jahren angestrengter Arbeit können wir sie jetzt der Öffentlichkeit präsentieren.«*

## Flugplatz-Desaster

**Finow (bbp).** Langsam findet die Ära Brandstetter in Eberswalde auch formal ein Ende. Mit Datum vom 1.10.2004 teilt das Amtsgericht Frankfurt/Oder mit, daß nunmehr auch die Errichtergesellschaft Flughafen Finow mbH »wegen Vermögenslosigkeit von Amts wegen« gelöscht wurde. Ähnlich wie bei der Schwestergesellschaft Betriebsgesellschaft Flughafen Finow mbH kam es nie zu einer tatsächlichen Geschäftstätigkeit. Eine solche gab es nur bei der Entwicklungsgesellschaft Aeropark Finow mbH. Deren Geschäftstätigkeit bestand unter anderem darin, ein Darlehen der städtischen Technischen Werke Eberswalde (TWE) in Höhe von 3,25 Millionen DM zu großen Teilen in die Taschen der Familie Brandstetter zu transferieren (vgl. BBP 1/2000). Vor dem Darlehen hatte die Brandstetterfirma bereits die Flugplatz Finow GmbH faktisch geschenkt bekommen, denn der

zunächst bis 1998 gestundete Kaufpreis von zwei Millionen Mark wurde nie gezahlt. Daß dieser nie bezahlte Kaufpreis dennoch als Sicherheit für das Ende 1996 gegebene TWE-Darlehen erhalten konnte, gehört zu den Besonderlichkeiten der Eberswalder Kommunalpolitik (BBP 2/2001).

Von der Löschung der Errichtergesellschaft Flughafen Finow mbH ist auch die Stadt Eberswalde betroffen, die über die TWE einen nun verlorenen Gesellschafteranteil von 2 Prozent besaß. Das ebenfalls verlorene Darlehen sollte die Option offenhalten, im Falle eines wirtschaftlichen Erfolges des Flugplatzes den Gesellschafteranteil auf 26 Prozent zu erhöhen (BBP 3 u. 4/1997). Im Zusammenhang mit der Verhaftung von Josef Brandstetter im März 2000 begannen auch Ermittlungen gegen Bürgermeister Reinhard Schulz, die vor einem Jahr noch nicht abgeschlossen waren.

## Energiesparkontor Barnim

**Eberswalde (kh/bbp).** Der Bau des Kreishauses war am 28. Oktober Beratungsgegenstand des Energiesparkontors Barnim. Diskutiert wurden die geplanten energetischen Anlagen. Entsprechend eines Kreistagsbeschlusses gehört der Einsatz alternativer Energien und insbesondere Maßnahmen zum sparsamen Umgang mit Energie zu den Grundsätzen, die beim Kreishausbau beachtet werden sollen. Ein weiterer Tagesordnungspunkt befaßte sich mit der Weiterentwicklung des Konzeptes BARUM 111.

## In eigener Sache

Ab sofort drucken wir die »Barnimer Bürgerpost« auf Recyclingpapier. Redaktion und Druckerei gelang es, ein Recyclingpapier aufzutreiben, das in Format, Qualität und Preis den Anforderungen für die »Barnimer Bürgerpost« entspricht. Das ist unser Beitrag für einen nachhaltigen Ressourcenumgang.

Noch eine Information zu dieser Ausgabe: Mehrere vorgesehene Beiträge erscheinen aus Platzgründen erst im nächsten Monat.

GERD MARKMANN, Redakteur

5. Dezember 2004

Weihnachtskunstmarkt

Die Mühle e.V.  
Geöffnet von 10 – 18 Uhr



Amtsgericht zur Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft (BQG):

## Liquidationsgründe »waren nicht festzustellen«

**Eberswalde (bbp).** Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen waren im ersten Jahrzehnt nach der Wende für viele Menschen der Region die einzige Möglichkeit, wenigstens für eine bestimmte Zeit ihren Lebensunterhalt mit Arbeit zu verdienen. Als Träger für diese ABM hatten der Landkreis und die Stadt Eberswalde die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Eberswalde (BQG) ins Leben gerufen. Ab Mitte 2000 betrieb insbesondere die Verwaltungsspitze des Landkreises die Auflösung der BQG (vgl. BBP 10, 11/2000 sowie 1, 2/2001 und 2/2002). Parallel zur Liquidation lief eine Verleumdungskampagne gegen die alte BQG-Geschäftsführung, deren gerichtliches Nachspiel erst vor kurzem mit dem Freispruch der Betroffenen endete.

In diesem Zusammenhang wandte sich Albrecht Triller, der damals als Abgeordneter der PDS dem BQG-Aufsichtsrat angehörte, mit der nachfolgenden Anfrage an den Eberswalder Bürgermeister Reinhard Schulz. Die Frage sollte anlässlich der Einwohnerfragestunde der StVV am 21. Oktober beantwortet werden. Die dem Bürgermeister direkt übermittelte Frage fand jedoch nicht den Weg bis ins StVV-Büro, so daß die Frage während Sitzung nicht aufgerufen wurde. In der Frage heißt es:

*Die BQG ist liquidiert, obwohl sie gerade jetzt wieder gebraucht würde.*

*Der Liquidierungsbeschluß wurde durch die StVV am 25.01.01 auf der Grundlage eines Gutachtens gefaßt, das von denen erarbeitet wurde, die anschließend die Liquidation durchgeführt haben. Wesentliches Element des Gutachtens war eine Drohkulisse, der zufolge 20 bis 30 Millionen DM Rückzahlungsrisiken befürchtet werden müßten. Es wurden Rückstellungen für Drohverluste in Millionenhöhe bilanziert und »vorsorglich« Rückzahlungen von Fördermitteln von 500 TDM an die LASA und das Arbeitsamt vorgenommen.*

*Der Geschäftsführer und der Prokurist wurden gefeuert und Anzeige wegen Betruges erstattet. Ferner wurden gegen die Genannten Schadensersatzforderungen erhoben.*

*Bereits im Laufe des Jahres 2001 wurde die Schadensersatzforderung unmittelbar vor Beginn der gerichtlichen Hauptverhandlung*

*zurückgenommen. Die Anzeige wegen Betruges wurde erst im Mai dieses Jahres vom Gericht entschieden. Die Angeklagten wurden freigesprochen. Ihnen sollte zur Last gelegt werden, »sie hätten als verantwortliche Mitarbeiter der Beschäftigungs- und Qualifizierungs GmbH Eberswalde (BQG) sowohl bei der Beantragung von Fördermaßnahmen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsprogrammen bewußt wahrheitswidrig angegeben, durch die Maßnahmen würden keine Einnahmen erzielt werden. Ferner wurde ihnen zur Last gelegt, sie hätten wahrheitswidrig Erlöse aus der ABM-Maßnahme bei der Abrechnung der Fördermaßnahmen nicht mitgeteilt und deshalb die unvollständige Auszahlung von Förderbeträgen – ohne Abzug erzielter Erlöse – veranlaßt...«*

*Diese Vorwürfe konnten gegenüber den beiden Angeklagten in der Hauptverhandlung aus tatsächlichen Gründen nicht festgestellt werden; sie waren deshalb freizusprechen«, so das Gericht.*

### Antwort des Bürgermeisters:

**»Eine Beantwortung Ihrer Frage lehne ich ab!«**

*Damit erweist sich im Nachhinein der Hauptgrund der Liquidation als hinfällig. Der Schaden, der mit den Schadensersatzforderungen ausgeglichen werden sollte, ist dennoch entstanden, denn es wurden tatsächlich Rückzahlungen an Arbeitsamt und LASA vorgenommen, obwohl, wie es der Freispruch belegt, dazu keine Veranlassung bestand. Dieser Schaden ist jedoch durch den Liquidator zu verantworten sowie gegebenenfalls auch von den Gesellschaftsvertretern in der Gesellschafterversammlung und den Mitgliedern des Aufsichtsrats der BQG.*

*Darüber hinaus bleibt festzustellen, daß der Stadt und dem Landkreis durch die unbegründete Liquidation ein erheblicher Vermögensschaden entstanden ist.*

*Vor dem Hintergrund vorstehender Sachverhaltsdarstellung frage ich:*

*1. Besteht die Absicht und ist es rechtlich noch möglich, Schadensersatzforderungen an den*

*Geschäftsführer Lorenz und die Generalbevollmächtigte Sander bzw. den Liquidator der BQG zu stellen, wegen der unbegründeten Rücküberweisung von Fördermitteln an LASA und Arbeitsamt?*

*2. Sind auch Sie der Meinung, daß der 1. Beigeordnete Herr Landmann als Gesellschaftervertreter in der BQG hätte erkennen müssen, daß das zur Liquidation führende »Gutachten« falsch und die Kündigungen des Geschäftsführers und des Prokuristen und sowie die Betrugsanzeigen völlig unberechtigt waren und daß der Gesellschaft und damit der Stadt erheblicher Schaden entstanden ist?*

*3. Erkennen Sie nun auch, daß mit der Liquidation der BQG viele Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren haben und das nicht unerhebliche Vermögen der BQG wertlos geworden ist?*

*4. Halten Sie es im Nachhinein für notwendig zu untersuchen, ob es für die Stadt akzeptabel war, daß ein Geschäftsführer zugleich Gutachter und nachfolgend Liquidator sein konnte und seinerseits eine Generalbevollmächtigte bestellte, die zugleich mit einem eigenen Konkurrenzunternehmen Geschäftsbesorger im Zuge der Liquidation der BQG war, und wie es dazu kommen konnte?*

*5. Sehen Sie eine Veranlassung, etwas zur Rehabilitation des ehemaligen Geschäftsführers Naumann und des Prokuristen Prill zu tun, deren Kündigungen ungerechtfertigt waren und die durch die anhängige Betrugsanzeige 4 Jahre lang in der Arbeitssuche beeinträchtigt wurden?*

*In seiner Antwort schreibt Bürgermeister Schulz:*

*Sehr geehrter Herr Triller, mit Schreiben vom 14.10.04 übermittelten Sie mir Fragen zur Einwohnerfragestunde für die Stadterordnetenversammlung am 21.10.2004.*

*Diese Fragen sind aus Behauptungen hergeleitet, weshalb ich eine Beantwortung ablehne.*

*Im Übrigen waren Sie Aufsichtsratsmitglied und Stadterordneter und haben den demokratisch geführten Meinungsbildungsprozeß zur Liquidation der BQG miterlebt.*

*Ebenso wissen Sie, daß die Entscheidungen in den zuständigen Gremien demokratisch mit Mehrheit gefallen sind.*

## Hat Eberswalde zu wenig Flächen für Einfamilienhäuser?

**Eberswalde (bbp).** In den ersten Jahren nach der Wende, stellt die FDP-Fraktion in der StVV Eberswalde fest, habe die damalige Stadtführung, die sich auf eine sogenannte Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grüne/Neues Forum stützte, versäumt, die Nachfrage junger Familien nach geeigneten und attraktiven Bauplätzen für Ein- und Zweifamilienhäuser in der Stadt Eberswalde durch entsprechenden Angebote zu befriedigen. »Die fatale Folge

*dieser Fehleinschätzung war eine Abwanderung von allein 3.500 Einwohnern nach Finowfurt und weiterer in andere Gemeinden. Diese in der Regel besser verdienenden Bürger wohnen nun nicht mehr in unserer Stadt. Heute fehlen uns die Anteile aus deren Einkommenssteuer.«* Dies trage nicht unwesentlich zur heutigen Finanzmisere Eberswaldes bei. Die nach Ansicht der FDP erfolgreiche Vermarktung des Wohngebietes Südend mache die Feh-

*ler der früheren Verantwortlichen in der Stadt noch deutlicher.*

*Für eine Bebauung mit Ein- und Zweifamilienhäuser, so die FDP-Fraktion, kämen u.a. die Flächen in Frage, die nach Abriß des Finanzamtes, Arbeitsamtes und eines weiteren Blockes an der Eberswalder Straße (ehem. SVKE-Wohnheime) zur Verfügung stünden. Auch das frühere NVA-Gelände an der Rudolf-Breitscheid-Straße sei dafür prädestiniert.*

# Eberswalde und der gordische Knoten

von Gerd Markmann

## Finanzieller Offenbarungseid

Die Stadt Eberswalde muß sparen. Dem widerspricht selbst Bürgermeister Reinhard Schulz nicht mehr, der sich noch im Frühjahr für ein hemmungsloses Schuldenmachen eingesetzt hatte (vgl. »Sparen ist dumm« in BBP 4/2004). Mit verschiedenen Tricks und Kniffen sowie dem Rückgriff auf das städtische Vermögen, gelang es dem Kämmerer in den vergangenen Jahren immer wieder, formal ausgeglichene Haushaltsentwürfe vorzulegen. Spätestens seit den Diskussionen um den Haushalt 2004 mußte jedoch allen Beteiligten klar sein, daß es hier lediglich um die Verschleierung der Probleme ging (vgl. u.a.: »Dokument einer gescheiterten Politik« in BBP 3/2004, »Esel streck dich...« und »Bürgerfreundlich sparen ist möglich« in BBP 4/2004, »Millionen-Haushaltsdefizit weggezaubert« in BBP 5/2004).

Der Haushaltsentwurf 2005 und insbesondere das zugehörige Haushaltssicherungskonzept sind nun so etwas wie der Offenbarungseid der Eberswalder Verwaltungsspitze. Eine Fortsetzung der bisherigen Finanzpolitik würde der Stadt Eberswalde bis 2011 ein Defizit von mehr als 25 Millionen Euro bescheren. Doch selbst bei Durchsetzung der vorgeschlagenen Haushaltssicherung läuft bis 2011 ein Defizit von reichlich 20 Millionen Euro auf.

Auch dieses Haushaltssicherungskonzept beinhaltet eben lediglich eine Fortsetzung der bisherigen Politik. Dabei kann sich der Bürgermeister darauf berufen, daß er vor einem Jahr gerade mit dem Versprechen »Weiter so« seine Wiederwahl gewonnen hatte. Deshalb ist sein Ansinnen durchaus nachvollziehbar, mit den bisherigen Beigeordneten weitermachen zu wollen. Allerdings läßt Schulz dabei unberücksichtigt, daß die Wählerinnen und Wähler durch die neue Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung sein »Weiter so«-Programm deutlich relativierten und Warnungen, wie sie z.B. die Bürgerbewegung »25. Juni« vor den Wahlen ausgesprochen hatte, bei den Wahlen eine nur untergeordnete Rolle spielten.

## Neue Konzepte müssen her

Die Konzepte der Verwaltungsspitze bestehen durch ihre Konzeptionslosigkeit. Alternativlos werden Kürzungen bei den sogenannten »freiwilligen Aufgaben« – und hier insbesondere im sozialen und kulturellen Bereich – als einzige Sparmöglichkeit dargestellt. Dabei sind es gerade diese »freiwilligen Aufgaben«, die im wesentlichen das ausmachen, was die Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger lebenswert macht. Sie stellen somit einen hauptsächlichen Zweck kommunalen Handelns dar. Die-

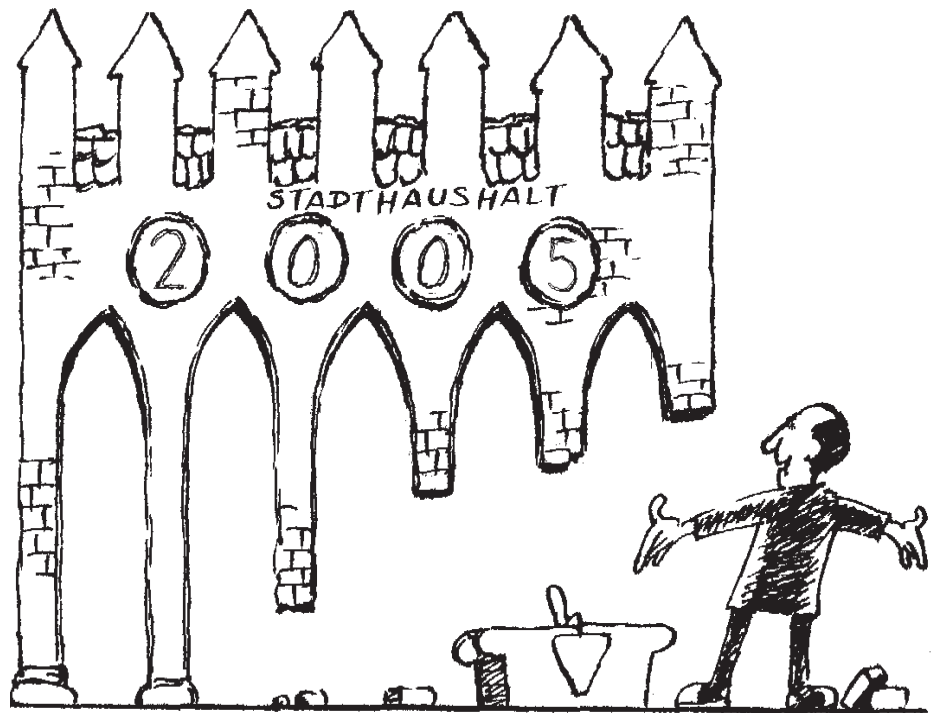
se »weichen Standortfaktoren« sind zudem von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt.

Statt hier der Sparmanie zu erliegen, steht vielmehr die Aufgabe, für diesen Bereich mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Um diese Mittel bei der gleichzeitig notwendigen Haushaltskonsolidierung »freizuschaukeln«, bedarf es einer aufgabenorientierten Verwaltungsstrukturreform, die auch die bisher als gottgegeben empfundenen »Pflichtaufgaben« hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und vor allem ihrer Effektivität überprüft. Hier kann an die durchaus vorhandenen Ansätze im Haushaltssicherungskonzept angeknüpft werden. Zugleich wird an einer leistungsorientierten Personalpolitik kein Weg vorbeiführen.

von stark expandierenden Kosten geprägt.

Der Tierpark ist ein Sanierungsfall. Spätestens seitdem offenbar wurde, daß der 2003er Zuschußbedarf den Planansatz um mehr als 40 Prozent überstieg, hätte gehandelt werden müssen. Dem Zoodirektor und der Stadtführung dürfte das spätestens seit dem Jahreswechsel 2003/04 bekannt gewesen sein. Den Vorwurf des Versagens müssen sie sich hier wohl gefallen lassen. Auf der Tagesordnung steht ein auf gründlicher Ursachenanalyse beruhendes Sanierungskonzept.

Mit dem Betrieb des Familiengartens hat sich die Stadt eindeutig übernommen. Auch hier handelt es sich um einen Sanierungsfall. Zunächst müssen die Zahlen auf den Tisch. Der unübersichtliche Konstrukt aus Laga



Letzteres gilt besonders dort, wo in der Vergangenheit Stellen nach einer politischen oder persönlichen Klientelpolitik besetzt wurden, die nicht mehr den heutigen Verhältnissen entspricht und eine Lösung der städtischen Probleme hemmt.

## Prestigeprojekte unter die Lupe

Tierpark, Familiengarten und der ominöse »Regiebetrieb« kommen bei den Sparvorschlägen des Haushaltssicherungsentwurfes auffallend glimpflich davon. Dabei gibt es hier tatsächliches Einsparpotential. So erhält der Tierpark selbst nach den »Einsparungen« immer noch höhere Zuschüsse als der Plan für 2003 vorsah. Auch der Bereich Laga und Familiengarten war in den vergangenen Jahren

GmbH, deren Geschäftsführung außerhalb der StVV stattfindet, und »Regiebetrieb«, von dem bislang niemand wußte, was der eigentlich macht, ließ kaum einen Überblick zu.

In einem Sanierungskonzept für den Familiengarten kann es wahrscheinlich nur um Schadensbegrenzung gehen. Die unrealen Konzepte der Vergangenheit gehören in den Papierkorb. Da eine Schließung aus formellen (Förderrichtlinien) und praktischen (Investitionen in Stadthalle, Freilichtbühne etc.) Gründen nicht in Frage kommt, geht es darum, die Kosten für den Familiengarten unter Kontrolle zu bringen und soweit wie möglich herunterzuschrauben.

Mit dem Kulturhaus Schwärzensee haben die Stadtverordneten den dritten Sanierungsfall auf dem Tisch. Erst wurde mit viel Geld das

Haus Schwärzetal saniert. Dann steckte man etliche Fördermillionen in den Ausbau einer Konkurrenzstruktur im Familienpark. Als Resultat sind weder das Haus Schwärzetal noch der Familienpark mit Stadthalle und Freilichtbühne wirtschaftlich überlebensfähig. Ganz zu schweigen davon, daß die vorhandene Freilichtbühne am Schützenplatz nun »übrig« ist. Auch hier muß also ein Sanierungskonzept her, das zunächst die laufenden Betriebskosten optimiert.

Für die Gestaltung der kulturellen Inhalte braucht die Stadt ein professionelles Kulturmanagement, in das alle Kultureinrichtungen der Stadt einbezogen werden. Eine solche Struktur würde die wirtschaftliche Trennung zwischen den Kultureinrichtungen an sich und dem eigentlichen Kulturbetrieb ermöglichen. Das bietet Raum zur Lösung der vorhandenen steuerlichen Probleme im Zusammenhang mit dem Familiengarten und schafft zugleich Transparenz. Voraussetzung ist, daß in beiden Bereichen eine nachvollziehbare wirtschaftliche Rechnungsführung stattfindet.

### *Die (vielleicht letzte) Chance des Bürgermeisters*

Komplizierte Probleme sind in den nächsten Jahren in der Stadt Eberswalde zu lösen. Bürgermeister Schulz begründet eben damit sein Festhalten an den beiden bisherigen Beigeordneten. Ungeachtet welche Wertschätzung oder welche Kritik deren Tätigkeit in der Vergangenheit verdiente, bedeutet deren Wiederwahl jedoch den Verzicht auf die bitter nötigen Veränderungen.

Die dafür erforderlichen Schritte, wie eine aufgabenorientierte Verwaltungsstrukturreform, eine leistungsorientierte Personalpolitik, die Rückgängigmachung von Klientelpolitik sowie die Behandlung der Sanierungsfälle Tierpark, Familiengarten und Kulturhaus, können die Amtsinhaber aus objektiven Gründen nicht leisten. Dafür sind sie viel zu sehr in den bestehenden Strukturen gefangen. Dieser »gordische Knoten« kann zerschlagen werden. Wenn der Bürgermeister bei der anstehenden Beigeordnetenwahl zumindest zum Teil auf neue Leute zurückgreift. Er hat die vielleicht letzte Chance, den ihm bei seiner Erstwahl 1995 erteilten Wählerauftrag doch noch zu erfüllen. Es ist die doppelte Chance, die eigene Basis durch Anpassung der städtischen Führungsriege an die neue politische Konstellation in der StVV zu erweitern und damit zugleich mit der Lösung der aktuellen Eberswalder Probleme zu beginnen.

Ungeachtet etwaiger parteilicher Bindungen sind Ferne zur Eberswalder Verwaltung, der Wille und die Fähigkeit, die nötigen Veränderungen auch gegen strukturelle Widerstände durchzusetzen, sowie die Fähigkeit, die Veränderungen mit sozialer Verantwortung zu verbinden, die für die neuen Beigeordneten nötigen persönlichen Voraussetzungen.

## *Vollendete Tatsachen geschaffen*

*Trotz Sparhaushalt zieht das Standesamt in angemietete Räume um*

**Eberswalde (bbp).** Mit Datum vom 21.10.2004 teilte die Pressestelle der Stadt Eberswalde mit, daß in der Woche vom 1. bis 5. November 2004 das Standesamt Eberswalde aus den bisher genutzten Räumen im Museum in der Adler Apotheke, Steinstraße 3, in die von der EWE rekonstruierte »Märchenvilla«, Brunnenstraße 9, umzieht.

Anstelle des Trauraumes im Museum in der Adler Apotheke stünden dem Brautpaar nunmehr in der »Märchenvilla« zwei unterschiedlich große Räume für die Eheschließung zur Auswahl. Eheschließungen könnten wie bisher

auch im Zoo durchgeführt werden. Über den »Abschluß eines Mietvertrages für Büroflächen in der Brunnenstraße 9« beriet der Hauptausschuß jedoch erst am 4. November in nichtöffentlicher Sitzung. Zu einem Zeitpunkt, als der Umzug längst im Gang war.

Die Stadtverwaltung betreibt den Umzug des Standesamts in angemietete Räume, obwohl im städtischen Haushalt riesige Lücken klaffen. Der Entwurf des 2005er Haushaltsplanes sieht für die neu angemieteten Räume des Standesamtes zusätzliche Miet- und Betriebsausgaben in Höhe von 15.200 Euro vor.

Stadtfraktion BKB / Freie Wähler zum Haushaltsdefizit:

### *Im wesentlichen selbst verschuldet*

Die gegenwärtige Haushaltssituation der Stadt Eberswalde ist unserer Meinung nach im wesentlichen selbstverschuldet. Sie ist Ergebnis von jahrelang verfolgten Fehlstrategien und wird allein durch Sparmaßnahmen nicht zu korrigieren sein, wenn nicht ein Umsteuern in der Strategie erfolgt. Diese Fehlstrategien bestanden aus unserer Sicht vor allem in:

- falschen Prioritäten, in dem Planungsentscheidungen sich nach Fördergeldmöglichkeiten anstatt nach städtischen Erfordernissen und Effektivitäten ausrichteten
- Gründungen, Ausgründungen und Fortführung von Unternehmen ohne tragfähige Geschäftsideen
- nachlässigem Umgang mit Finanzvorgängen und deren vertraglichen Grundlagen.

Andere Zielsetzungen hätten ganz gewiß zu einem über Jahre ausgeglichen Haushalt geführt.

Man stelle sich vor, die 3,25 Mill. DM ( 1,7 Mill. Euro) an Brandstetter wären nicht auf der Basis jenes unsäglichen »Vertrages« ausgereicht worden, eines »Vertrages«, bei dem darüber nachgedacht werden kann, ob er nicht sittenwidrig war.

Man stelle sich vor, nach der Pleite der Flugplatz Finow GmbH wären nicht über eine Zeit 75.000 Euro pro Jahr in die Fortsetzung des Flugplatzbetriebes geflossen.

Man stelle sich vor, die Verluste produzierenden Technischen Werke Eberswalde wären nicht ausgegründet worden, bevor nicht eine Geschäftsidee für wertschaffende Produktion vorgelegen hätte. So aber hängt die mit dem

anspruchsvollen Namen »Technische Werke« daherkommende Unternehmung am Tropf der Stadtmittel. Während man von jedem Existenzgründer erwartet, daß er eine tragende Geschäftsidee vorweist, vor allem wenn es um finanzielle Unterstützung geht, haben die TWE den Beweis der wirtschaftlichen Selbständigkeit noch immer nicht erbracht.

Man stelle sich vor, der durch den Verkauf von 25 % Geschäftsanteilen der TWE an den Stadtwerken erzielte Erlös von 12,5 Mill. Euro läge nicht als Bankguthaben bei den defizitären TWE, sondern stünde der Stadt selbst zur Verfügung. Schließlich sind die Stadtwerke Ausgründungen der Stadt.

Man stelle sich vor, die Anzahl der Verluste erwirtschaftenden Gaststätten im Tierpark und »Haus Schwärzetal« wäre nicht um eine weitere Verlust-Gaststätte »Zählerwerkstatt« erweitert worden.

Man stelle sich vor, man hätte dem Bedürfnis nach einer neuen Schwimmhalle nicht mit der übertriebenen Summe von 8,5 Millionen Euro Eigenmittel, sondern mit einem den finanziellen Möglichkeiten der Stadt entsprechenden geringeren Betrag Rechnung getragen.

Man stelle sich vor, man hätte den Hafen erst nach Absicherung des Bedarfes gebaut.

Diese Beispiele zeigen, daß der heutige negative Haushalt der Stadt Eberswalde aus der Vergangenheit herrührt und es heute viel grundsätzlicherer Überlegungen zu seiner Sanierung bedarf als es in den Sparvorschlägen der Verwaltung zum Ausdruck kommt.

*Dr. G. SPANGENBERG, BKB/Freie Wähler*

### *Prioritätenliste der Eberswalder Verwaltungsspitze*

**Eberswalde (bbp).** Der Landkreis Barnim arbeitet derzeit seine Liste der prioritären Maßnahmen. Auf Anfrage der Eberswalder Stadtverordneten Uta Behr (CDU) informierte Bürgermeister Reinhard Schulz über erste Vorstellungen für eine Eberswalder Zuarbeit für diese Prioritätenliste: 1. Vorziehen des zweiten

Bauabschnittes der B 167, 2. Telekomstraße, 3. Projekt WIN (Wassertourismusinitiative Nordbrandenburg), 4. Familiengarten und 5. Entwicklung des Bahnhofbereiches. Darüberhinaus, so Schulz, blieben aus der bisherigen Prioritätenliste die noch nicht abgearbeiteten Projekte auch in der neuen Liste enthalten.



## Beigeordnetenwahl als Machtkampf – Gegendarstellung

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Markmann,

Sie stellen in dem Artikel »Beigeordnetenwahl als Machtkampf«, der in der Ausgabe Nr. 117 der Barnimer Bürgerpost vom 08.10.2004 erschienen ist, folgende Tatsachenbehauptungen auf:

»Dabei würde die Reduzierung der Beigeordnetenzahl auf einen in jedem Fall das SPD-Mitglied Lutz Landmann um seinen Posten bringen. Denn weder Landmann noch Bürgermeister Schulz besitzen jene juristische Ausbildung,

die das Gesetz für den Bürgermeister oder mindestens einen seiner Beigeordneten vorschreibt.«

Zu den vorstehend wiedergegebenen Tatsachenbehauptungen mache ich von meinem Recht auf Gegendarstellung aus § 12 Abs. 1 Satz 1 des Pressegesetzes des Landes Brandenburg Gebrauch. Darüber hinaus verlange ich, daß Sie in der nächsten Ausgabe die von Ihnen aufgestellten Tatsachenbehauptungen, die nachweislich unwahr ist, berichtigen.

§ 69 Abs. 3 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg (GO) legt fest, daß in Gemeinden mit mehr als vierzigtausend Einwohnern einer der Beigeordneten die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt haben soll, sofern nicht der Bürgermeister diese Voraussetzungen erfüllt.

Dies bedeutet, daß die Beigeordneten entweder die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst, oder, nämlich alternativ, diejenige für das Richteramt haben sollen. Eine juristische Ausbildung ist, anders als von Ihnen dargestellt, nicht erforderlich, um die von § 69 Abs. 3 Satz 2 GO geforderten fachlichen Voraussetzungen für das Amt eines Beigeordneten zu erfüllen.

Der Unterzeichner erfüllt nachweislich die fachlichen Voraussetzungen für das Amt eines Beigeordneten im Sinne der vorstehend zitierten Vorschrift. Er hat durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Fortbildung für die Laufbahn des höheren Dienstes gemäß § 5 der Verordnung über die Bewährungsanforderungen für die Einstellung von Bewerbern aus dem Beitrittsgebiet in ein Beamtenverhältnis (Bewährungsanforderungsverordnung) vom 20. August 1991 (GVBl. BB, S. 378 ff.) an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes Brandenburg die Laufbahnbefähigung für den höheren Verwaltungsdienst erworben.

So liegt es, im übrigen bemerkt, auch bei Herrn Bürgermeister Schulz. Auch Herr Schulz besitzt die Laufbahnbefähigung für den höheren Verwaltungsdienst.

Daher ist die von Ihnen gezogene Schlußfolgerung, die ebenfalls in der Gestalt einer Tatsachenbehauptung daherkommt, in gleicher Weise unzutreffend. Sie behaupten nämlich, ich müsse bei einer Reduzierung der Beigeordnetenzahl zwangsläufig mein Amt verlieren, da ich nicht über die erforderliche Qualifikation hierfür verfüge.

Ich fordere Sie daher auf, in der nächsten Ausgabe der Barnimer Bürgerpost die von Ihnen aufgestellten, unwahren Tatsachenbehauptungen zu berichtigen, und mir Ihre Bereitschaft hierzu bis zum 25.10.2004 schriftlich zu bestätigen. Falls Sie sich hierzu nicht bereit finden sollten, würde ich gerichtliche Hilfe in Anspruch nehmen. Daneben mache ich meinen Anspruch aus § 12 Abs. 1 Satz 1 des Pressegesetzes des Landes Brandenburg Gebrauch.

Hiernach sind der verantwortliche Redakteur und der Verleger eines periodischen Druckwerks verpflichtet, eine Gegendarstellung der Person oder Stelle zum Abdruck zu bringen, die durch eine in dem Druckwerk aufgestellte Tatsachenbehauptung betroffen ist.

Drucken Sie bitte die nachfolgende Gegendarstellung in ihrem vollen Wortlaut in der nächsten Ausgabe der Barnimer Bürgerpost ab:

*In Ihrem Artikel »Beigeordnetenwahl als Machtkampf«, der in der Ausgabe Nr. 117 der Barnimer Bürgerpost vom 08.10.2004 erschienen ist, behaupten Sie, daß ich nicht über jene juristische Ausbildung verfüge, die das Gesetz entweder für den Bürgermeister oder mindestens einen seiner Beigeordneten vorsehe.*

*Diese Tatsachenbehauptung ist unzutreffend. Richtig ist vielmehr, daß § 69 Abs. 3 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg (GO) festlegt, daß in Gemeinden mit mehr als vierzigtausend Einwohnern einer der Beigeordneten die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt haben soll, sofern nicht der Bürgermeister diese Voraussetzungen erfüllt.*

*Dies bedeutet, daß die Beigeordneten entweder die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst, oder, nämlich alternativ, diejenige für das Richteramt haben sollen. Eine juristische Ausbildung ist, anders als von Ihnen dargestellt, nicht erforderlich, um die von § 69 Abs. 3 Satz 2 GO geforderten fachlichen Voraussetzungen für das Amt eines Beigeordneten zu erfüllen.*

*Ich erfülle die fachlichen Voraussetzungen für das Amt eines Beigeordneten. Durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Fortbildung für die Laufbahn des höheren Dienstes gemäß § 5 der Verordnung über die Bewährungsanforderungen für die Einstellung von Bewerbern aus dem Beitrittsgebiet in ein Beamtenverhältnis (Bewährungsanforderungsverordnung) vom 20. August 1991 (GVBl. BB, S. 373 ff.) an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes Brandenburg habe ich die Laufbahnbefähigung für den höheren Verwaltungsdienst erworben.*

*So liegt es, im Übrigen bemerkt, auch bei Herrn Bürgermeister Schulz. Auch Herr Schulz besitzt die Laufbahnbefähigung für den höheren Verwaltungsdienst.*

*Sie behaupten in dem genannten Artikel ferner, eine Reduzierung der Anzahl der Beigeordneten werde mich in jedem Fall um meinen Posten bringen.*

*Auch diese Behauptung ist falsch, da ich die fachlichen Voraussetzungen für das Amt eines Beigeordneten erfülle, wie bereits oben darstellt.*

Mit freundlichen Grüßen  
LANDMANN, Erster Beigeordneter

Gemäß Pressegesetz § 12 Abs. 3 ist eine Äußerung zur Gegendarstellung zulässig, wenn sich diese Äußerung auf tatsächliche Angaben beschränkt. Die in einem persönlichen Brief an Herrn Landmann enthaltenen Wertungen und Meinungen bleiben deshalb hier unerwähnt.

Tatsache ist, daß die in dem beanstandeten Artikel gebrauchte Formulierung »jene juristische Ausbildung« die vom Gesetz geforderte »Befähigung ... zum Richteramt« meinte. Es dürfte unstrittig sein, daß die Befähigung zum Richteramt einer juristischen Ausbildung bedarf. Richtig ist, daß es sich um eine verkürzte Formulierung handelte, infolge der die zweite mögliche Voraussetzung, die »Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst« keine Erwähnung fand.

Eine weitere Tatsache ist, daß der Stadtverordnete Ingo Naumann zur StVV-Sitzung am 21. Oktober behauptete, daß die Fortbildung, die Lutz Landmann und Reinhard Schulz (wie viele andere) Anfang der 90er Jahre absolviert hatten, nur unter bestimmten Umständen die »Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst« zur Folge hatten. Tatsache ist auch, daß sich Ingo Naumann dabei auf Informationen aus dem zuständigen Potsdamer Ministerium berief und daß er Zweifel daran äußerte, ob Lutz Landmann die geforderten Umstände erfüllt.

Tatsache ist weiterhin, daß der städtische Rechtsamtsleiter Müller nach Aufforderung ohne weitere Begründungen die Auffassung Naumanns zurückwies und behauptete, daß die geforderte Befähigung im Falle von Lutz Landmann vorliegt.

Da hier zwei gegensätzliche Tatsachenbehauptungen aufeinandertreffen, läßt sich für Außenstehende näheres erst nach Auswertung der von Naumann angesprochenen Informationen aus dem Potsdamer Ministerium in Erfahrung bringen.

Allerdings ist es auch eine Tatsache, daß die Fragen zur formalen Befähigung der Bewerber für das Beigeordnetenamt für die politische Bewertung der aktuellen Geschehnisse nur von nebensächlicher Bedeutung sind.

GERD MARKMANN,  
Redakteur der Barnimer Bürgerpost

# Protest gegen Hartz IV geht weiter!

Auch nach der elften Auflage der Eberswalder Montagsdemo denken die Organisatoren nicht ans aufgeben



## Sensation

Dies ist nun bereits die vierte Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« in Folge, in der die Widerspiegelung der sozialen Proteste gegen Hartz IV diesen breiten Raum einnehmen. Dabei ist das Montagsdemo-Thema inzwischen selbst in der »größten sozialistischen Tageszeitung« nur noch kleinere Artikel auf den Innenseiten wert. In unserer schnelllebigen Zeit rasen die Medien von einer Neuigkeit zur nächsten. Zum Überleben im medialen Konkurrenzkampf muß der Sensation von gestern heute noch eins draufgesetzt werden.

Die jüngste Eberswalder Montagsdemonstration trug nun schon die Nummer 11. Der Neuigkeitswert ist zweifellos dahin. Auch die Teilnehmerzahlen pegelten sich inzwischen so um die 120 ein. Berichterstattung, so sie noch stattfindet, wird zur Routine. Das ist so üblich in einer Gesellschaft, in der Papparazis jedem irgendeinem blaublütigen Hintern entfleuchten Furz hinterherjagen, vieles an sozialen Protesten aber unter den Tisch fällt. Beispielsweise setzten dieser Tage die Busfahrer in Leverkusen im wohl längsten Streik in der Geschichte der Bundesrepublik ihre Forderungen weitgehend durch. Nach 305 Streiktagen nehmen sie voraussichtlich am 8. November die Arbeit wieder auf. Von den meisten Medien blieb das unbeachtet, obwohl allein die Streikdauer zweifellos eine Sensation darstellt.

Und verbirgt sich nicht auch hinter jener Tatsache eine Sensation, daß die 11. Woche hintereinander Eberswalder Bürgerinnen und Bürger ihren Protest auf die Straße tragen?

Menschen, die mit ihrem Arbeitsplatz nicht nur die materiellen Mittel zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes verloren, die als Bittsteller einer herzlosen Bürokratie ausgeliefert sind und denen nun mit Hartz IV auch noch das letzte Stück Selbstwertgefühl geraubt werden soll – diese Ausgestoßenen der kapitalistischen Gesellschaft organisieren sich.

Noch sind es nur wenige, die sich über die soziale Apathie der meisten Arbeitslosen und das Totschlagargument »es nützt ja doch nichts« erheben. Auch wenn greifbare Erfolge tatsächlich fern sind, die gemeinsamen Proteste nützen ihnen schon heute. Sie helfen gegen das Gefühl depressiver Vereinzelung, stärken ihr Selbstbewußtsein und öffnen vielleicht das Auge für Alternativen.

Die »Barnimer Bürgerpost« wird diese Entwicklung weiterhin begleiten.

GERD MARKMANN

### 11. Oktober:

Christopher Kapitula begrüßte die Teilnehmer der achten Eberswalder Montagsdemo. »Hartz IV und die Frauen« war das Thema von Ute Fey. Sie schilderte die Benachteiligungen, die vor allem Frauen infolge Hartz IV erleiden werden. Die »Bedarfsgemeinschaften« potenziert ihre Abhängigkeit von ihren Ehemännern.

Nach dem Hartz IV-Lied von Ralf Jahnke verlas Albrecht Triller die Wortmeldung von Hartmut Nichelmann, der selber nicht an der Demo teilnehmen konnte. Er beschäftigte sich mit der Lüge, daß die Sozialhilfeempfänger durch Hartz IV besser gestellt würden. Spontan meldete sich Udo Markmann zu Wort. Er stellte dar, wie er sich trotz akademischer Ausbildung und mehrerer Umschulungen seit vielen Jahren chancenlos um Arbeit bemüht.

Der anschließende Demonstrationzug führte durch die Friedrich-Ebert-Straße, Eisenbahnstraße, Breite Straße, Brautstraße zum Büro von Bündnis 90 / Die Grünen. Vor dem Büro stellten die Demonstranten einen Eimer Mist ab, der Hartz IV und Agenda 2010 symbolisierte. Im Eimer steckte ein Schild »Grüne Politik« und eine vertrocknete Sonnenblume.

### 18. Oktober:

Der Ruf »Steh' auf für Gerechtigkeit, steh' auf« erklang auf der 9. Montagsdemo am 18. Oktober. Einen Song mit diesem Titel hatte am Wochenende davor eine kleine Gruppe um Ralf Jahnke auf CD produziert, die auf der Kundgebung gespielt wurde.

Als Hauptredner trat Andreas Sult vom DGB Uckermark/Barnim auf. Existenzsichernder Lohn statt 1-Euro-Mehraufwandsentschädigungen war sein Thema. Er legte die Positionen des DGB zur Schaffung von »Arbeitsgelegenheiten« nach dem SGB II dar. Aus konkretem Anlaß sprach er über die Absicht von Opel, in Europa 12.000 Arbeitsplätze zu streichen. Unter dem Beifall der Anwesenden ver-

sicherte er den Beschäftigten in Bochum und anderen betroffenen Orten die Solidarität der Eberswalder Montagsdemonstration. Er machte den Zusammenhang zwischen Arbeitsplatzvernichtung, Lohnraub und Sozialabbau deutlich und rief dazu auf, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen.

Anne Resmer nutzte die Möglichkeit für eine spontane Meinungsäußerung am offenen Mikro. Sie sprach über die maßlosen Zahlungen an Diäten und Chefgehältern, während den Armen noch das wenige genommen werde.

Trotz Regenwetter kamen über 100 Leute zur Kundgebung. Als die Demonstranten zum Fackelumzug über die Ratzeburgstraße, Pfeilstraße, Weinbergstraße zur Breitscheidstraße aufbrachen, hellte sich der Himmel auf. Auf dem Weg über den Karl-Marx-Platz und die Friedrich-Ebert-Straße zurück zum Marktplatz schlossen sich weitere Demonstranten an, so daß schließlich über 120 Teilnehmer gezählt wurden.

### 25. Oktober:

Auf der 10. Eberswalder Montagsdemo gab zunächst Ralf Jahnke einen Rückblick auf die Montagsproteste seit dem 23. August. Anschließend sang er sein Lied »Steh auf, für Gerechtigkeit steh auf« zur Gitarre.

Nach ihm sprach Manuela Richter. Es falle ihr nicht leicht, vor vielen Menschen zu sprechen, sagte sie. Aber nach dem Besuch der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober und dem Erlebnis, wie die Stadtverordneten mit dem Thema Hartz IV umgingen sei sie so zornig, daß sie sich zum Sprechen überwunden habe. Während eine Gruppe Betroffener vor der StVV den Abgeordneten die »Gelbe Karte« gezeigt hatten, hielt Manuela Richter diesmal die »Rote Karte« in die Höhe.

Die Zahl der Demoteilnehmer erhöhte sich im Lauf der Kundgebung auf dem Marktplatz von rund 80 auf etwa 135. Die meisten betei-

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 7

ligten sich an dem anschließenden Demonstrationzug durch die Innenstadt. Über die Friedrich-Ebert-Straße, Michaelisstraße, Eisenbahnstraße und Breite Straße ging es zurück zum Marktplatz. Hier erwartete die Teilnehmer an der 10. Eberswalder Montagsdemo »zur Feier des Tages« Glühwein und Kaffee. Der Tragik der Situation angemessen, wurde auch Wermutwein ausgetrenkt. Währenddessen lief eine Projektion mit Fotos der bisherigen Montagsdemos und der begleitenden Aktivitäten. Hartwin Schulz interviewte die Demonstranten mit dem offenen Mikro, wie sie zur Montagsdemo gekommen sind und was sie heute zur 10. Montagsdemo bewegt. Mit Gesang zur Gitarre am Lagerfeuer auf dem Marktplatz klang der Abend aus.

### 1. November:

Ralf Jahnke begrüßte die rund 120 Demonstranten, die zur 11. Eberswalder Montagsdemo gekommen waren. Nach ihm sprach Rolf Richter ausführlich über die Negativwirkungen des Sozialabbaus auf die Kinder. Änne Resmer geißelte die Korruption der Regierenden und rechnete vor, welch immense Summen dem Staat dadurch verloren gehen. Ein Demonstrant stellte sich am offenen Mikro als Obdachloser vor, der »aus dem Container« lebt, also seinen Lebensunterhalt von gesammelten Flaschen bestreitet. Als weiterer Betroffener äußerte sich Robert Malinowski.

Mit Musik und Sprechchören zog der Demonstrationzug vom Markt über die Eisenbahnstraße bis zur Grabowstraße und über Kant-, Wilhelm- und Eisenbahnstraße zur Steinstr. Und von dort zurück zum Markt. Während des Marsches durch die Innenstadt dekorierten die Demonstranten die künftigen elektronischen Anzeigen mehrerer Bushaltestellen mit Schildern, die dies als Geldverschwendung verurteilten.

Als sich der Demonstrationzug auf die Kreuzung Eisenbahnstraße/Breite Straße zu bewegte, konnte man die erleuchteten Fenster des CDU-Büros sehen. Es kam Bewegung in den Beratungsraum durch den Lärm, der von der Demo ausging. Der eine oder andere schaute aus dem Fenster. Als der Zug in die Steinstraße einbog, war Bewegung auf der verglasten Treppe des Hauses zu erkennen. Es schien, als käme jemand herunter, vielleicht um mit den Demonstranten zu sprechen. Aber es war nur Herr Mix, der die Tür vor den Demonstranten verschloß.

Die Worte von Frank Töpfer waren sicher auch hinter den geschlossenen Fenstern zu hören. Der Kreistagsabgeordnete Uwe Bartsch trat einmal ans Fenster und verschwand wieder. Die Demonstranten klatschten Beifall für Frank und zogen weiter.

Die nächste Montagsdemo findet am 8. November wieder um 17.30 Uhr auf dem Marktplatz statt.

## Wer organisiert die Eberswalder Montagsdemos?

Die erste Montagsdemo gegen Hartz IV fand am 26. Juli in Magdeburg statt, initiiert von Andreas Ehrholdt, seit 14 Jahren arbeitslos und bis zur Anmeldung dieser Demo politisch nicht aktiv. Vier Wochen später, am 23. August, kamen fast 1000 Menschen zur ersten Montagsdemo gegen Hartz IV und Sozialabbau auf den Eberswalder Marktplatz. Wer sind hier die Organisatoren, die auch nach der 10. Montagsdemo, trotz geringerer Teilnehmerzahlen, erklären: Wir machen weiter? Bundesweit ist der Höhepunkt der Montagsdemos längst überschritten. Vielerorts wurden die wöchentlichen durch Demos in größeren Zeitabständen ersetzt oder andere Aktionsformen gewählt.

In den Pressemitteilungen über die Montagsdemos erscheinen als Aufrufer immer noch zwei Gruppierungen: »Eberswalder Montagsdemo« und »Hartz(er) Käse«. Erstere organisierte die ersten beiden Demos am 23. und 30.8. auf dem Markplatz, die zweite die Kundgebung am 6.9. auf dem Potsdamer Platz. Seither gibt es stets gemeinsame Vorbereitungen mit Vertretern beider Gruppierungen und den inzwischen neu Hinzugekommenen. Eigentlich gibt es nur noch eine gemeinsame Vorbereitungsgruppe, nur noch keinen gemeinsamen Namen. Darüber gab es bisher nicht einmal eine Debatte, denn der Name ist Nebensache, nur das gemeinsame Handeln zählt.

Die Vorbereitungsgruppe für die Montagsdemos trifft sich jeden Mittwoch um 19 Uhr im Gemeindezentrum der evangelischen Kirche im Brandenburgischen Viertel. Eine gesonderte Einladung braucht es nicht, jeder ist eingeladen und gern gesehen. Die Tagesordnung umfaßt den Rückblick, die Gestaltung und Organisation der nächsten Montagsdemo sowie weitere spezielle Themen. Meist übernimmt Gastgeber Hartwin Schulz die Moderation.

Am Tisch der Vorbereitungsgruppe sitzen jeweils 20 bis 25 interessierte Leute. Jeder vertritt sich selbst, jeder hat etwas zu sagen und jeder will mittun. Entsprechend vielgestaltig sind die Meinungen und Vorschläge, und das Ergebnis ist stets die Summe vieler Einzelbeiträge und oft auch ein Kompromiß. Anfängliche Dominanz einzelner wird zunehmend durch größere Breite der Akteure überwunden. Inzwischen trat bereits die Hälfte der Vorbereitungsgruppe mit eigenen Redebeiträgen auf den Montagsdemos auf.

Welches spezielle Thema die jeweilige Montagsdemo und welche begleitenden Aktionen anstehen, ergibt sich oft erst im Verlauf der Debatte in der Vorbereitungsgruppe. Ein Stichwort erzeugt unterschiedliche Anregungen, die in der Diskussion zur Gestaltungsidee reifen. Dann folgen Vorschläge und Festlegungen zur konkreten arbeitsteiligen Umsetzung.

Meist sind die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe schon eine halbe Stunde vor Demobeginn auf der Marktplatz und bereiten das Nötige vor. Sie sind es auch, die dem Demonstration-

szug voran gehen, die Transparente tragen oder Sicherungsfunktionen übernehmen. So sind die Demos von Anfang bis Ende ein Gemeinschaftswerk.

Daß trotzdem die Anteile der Einzelnen unterschiedlich sind, ergibt sich aus den jeweils unterschiedlichen Möglichkeiten und Anforderungen sowie der inzwischen eingefahrenen Arbeitsteilung. So übernehmen Manuela und Helmut viele Aufgaben des Transport und der materiellen Sicherstellung. Tobias, Christoffer und Ralf kümmern sich um Verstärkeranlage bzw. um die musikalische Umrahmung. Albrecht meldet die Demos an und sorgt für die Presseinformationen. Ute, Erika, Karla, Hartmut, Rolf und andere haben wechselnde Aufgaben übernommen.

Die Motivation der einzelnen Mitglieder der Vorbereitungsgruppe für ihre Aktivität bleibt für die Gruppe von untergeordneter Bedeutung. Es gilt der Grundsatz, daß die Montagsdemos parteiunabhängig sind und bleiben sollen. Allerdings gibt derzeit auch keine Partei, derer sich die Gruppe erwehren müßte. Die Montagsdemos sind aber offen für alle und jeden, die sich gemeinsam gegen den Sozialabbau zur Wehr setzen wollen.

Es gibt für die Montagsdemo keine inhaltliche Beschränkung auf Hartz IV, wie kurz gefaßte Losungen vielleicht vermuten lassen. Vielmehr geht es den Akteuren um eine sozialere, gerechtere und friedlichere Welt insgesamt. Dementsprechend werden die vielfältigen Facetten dieses Problems auf den Montagsdemos thematisiert. Dementsprechend standen Sozialabbau und innerer und äußerer Frieden, Rüstung kontra Sozialleistungen, Hartz IV und die Frauen, Hartz IV und die Renten, »Gesundheitsreform«, Hartz IV und die Jugend, Sozialabbau in Deutschland und die Kinder als Motto über einzelne Montagsdemos. Die Eberswalder Montagsdemo will damit deutlich machen, daß alle Menschen vom Sozialabbau betroffen sind – fast alle verlieren und einige wenige werden noch reicher.

Die Akteure der Eberswalder Montagsdemos haben keine Illusionen. Sie wissen, daß über den Sozialabbau nicht zuerst in Eberswalde entschieden wird. Aber sie wissen auch, daß der Widerstand gegen den Sozialabbau nicht aufhören darf. Solange Menschen noch auf der Straße gegen den Sozialabbau kämpfen wollen, werden die Montagsdemos weitergeführt. Aber auch für die Zeit danach muß und wird es Widerstand geben. Die Gründung eines Eberswalder Sozialforums ist eine mögliche Form. Ein Verein zur Förderung sozialer und solidarischer Bewegungen hat sich dazu zur Unterstützung bereits gegründet. Auch Betroffenenbeiräte bei der Stadt Eberswalde und dem Landkreis können Formen der Interessenvertretung und des Kampfes gegen den Sozialabbau sein.

ALBRECHT TRILLER



## »Aber wir sind noch hier«

Sie haben versucht uns einzureden, daß die Politik, die sie machen, richtig ist. Sie haben versucht uns einzureden daß es verkehrt ist dagegen zu protestieren. Sie versuchen ständig, uns zum Aufgeben zu bewegen. ABER WIR SIND NOCH HIER.

Immer wieder heißt es, die Kassen seien leer. Das sind bewußt falsche Informationen der bürgerlichen Medien. Wo die Unternehmen Milliarden an Steuergeschenken erhalten und Milliarden für die Rüstung ausgegeben werden, da können Kassen einfach nicht leer sein.

## Hartz IV und die Frauen

Zu den Bundestagswahlen 1998 und auch 2002 versprach die SPD, und in seiner Regierungserklärung vom September 2002 schrieb das Kanzler Schröder nochmals fest, die Chancen der Frauen in der Gesellschaft zu verbessern. Wie sieht es heute damit aus? Trägt Hartz IV zu dieser edlen Absicht bei?

Die Antwort ist ein klares NEIN!

In der Hartz IV-Kommission saßen 14 Männer und eine Frau, das sei hier erst mal festgestellt. In der Theorie gibt es beim Alg II keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Doch in der Praxis werden 30 Prozent der arbeitslosen Männer, jedoch 60 Prozent der Frauen keine Leistungen nach Alg II mehr bekommen, weil der arbeitende Partner ein paar Euro zuviel verdient. Das greift ab einem Netto von ca. 850 Euro. Weitere Folge: Wer aus dem Leistungsbezug fällt, wird nicht mehr über das Arbeitsamt versichert und hat auch keinen Anspruch auf berufsfördernde Maßnahmen. Schon jetzt – vor Hartz IV – haben Frauen die schlechter bezahlten Jobs, befristete Verträge, geringfügige Beschäftigungen, sind Leiharbeiter. Diese Formen von Billiglöhner-Arbeitsverträgen werden durch Hartz IV geför-

dert. Es ist mit dem kleinen 1 x 1 auszurechnen, daß die Bezüge vor allem von Frauen weiter in den Keller gehen!

Man sollte das Volk selbst bestimmen lassen, wofür das sauer erwirtschaftete Geld ausgegeben wird. Dem Volk würden da bestimmt bessere Sachen einfallen als Panzer oder Bomben. Angesichts leerer Kassen muß man doch zunächst fragen: Wo das Geld geblieben? Wer zahlt in die Kasse ein und wer nicht? Und wer bestimmt darüber, wofür das Geld ausgegeben wird?

**Diejenigen, die immer nur leere Kassen produzieren, müssen abgelöst werden!**

RALF JAHNKE am 25. Oktober

Die Folge: Hartz IV verstärkt die Einkommens- und Altersarmut von Frauen.

Das Alg II schafft außerdem eine Abhängigkeit, die besonders für Paare unzumutbar ist, die in Trennung leben. Was wird aus den Frauen, deren Partner gewalttätig ist? Jetzt schon wurden Betroffene, die diesbezüglich Anfragen bei der Hotline des Arbeitsamtes stellten, der »Mitnahmementalität« verdächtigt. Von der Studie über häusliche Gewalt, die Schröders Parteigenossin Renate Schmidt vorlegte, weiß das Arbeitsamt nichts.

In den Medien wird uns gerade in diesen Tagen und Wochen in diversen Dokumentationen die Mißachtung der Privatsphäre durch den DDR-Geheimdienst vorgeführt. Diese Berichte könnte man viel aktueller und umfassender auch heute drehen: Durch Hartz IV wird jegliche Privatsphäre massiv verletzt.

Wir wollen für Männer UND Frauen Arbeit, keine Almosen. Die Masse der Arbeitslosen WILL Arbeit – wehrt euch und gebt nicht auf!

UTE FREY am 11. Oktober

## Preis und Leistung

Man höre: Laut Nachrichten erhalten Bundestagsabgeordnete monatlich über 7000 Euro an Diäten. Sie verzichten dieses Jahr großzügig auf eine Erhöhung, erhalten aber bei ihren zusätzlichen Sachwertbezügen von reichlich 3000 Euro eine Erhöhung um über 40 Euro. Wegen der Teuerung und der EU-Richtlinien.

Ja schämen die sich nicht, wenn sie an die Ein-Euro-Jobs denken? Denn Zeitung werden sie ja lesen. Sie dürften vor schlechtem Gewissen keine Nacht schlafen können. Bei jeder unnützen und falschen Geldausgabe müßte ihnen von den Diäten etwas abgezogen werden.



Was nützt uns ein Bundesrechnungshof, wenn der erst NACH der Verschwendung der Gelder feststellt, was falsch war. Das Geld ist dann weg. So steht heute in der MOZ, daß die Bundesagentur für Arbeit gerügt wurde, weil nicht einmal jeder 20. Vorschlag der Agentur zu einer Arbeitsaufnahme führte. Die Hartz IV-Gesetze blieben bisher ebenfalls wirkungslos. Wir brauchen sie nicht. Sie kosteten bisher nur Millionen.

Dieses Geld ist doch schwer verdientes Geld der Steuerzahler, die durch die Gesundheitsreform und Hartz IV zusätzlich belastet werden und oft nicht wissen, wie sie alle an sie gestellten Forderungen bedienen sollen.

Wir fordern deshalb: Anwendung des Preis-Leistungsverhältnisses bei allen. Denn vor allem die Manager und Politiker haben durch ihre schlechte Arbeit die hohe Arbeitslosigkeit zu verantworten. Wenn wir hier unten schlecht arbeiten, müssen wir uns dafür verantworten und erhalten Lohnabzug oder weniger Zuschläge. Warum nur wir?

Wir fordern deshalb :

1. Offenlegung der Managergehälter und Bezahlung nach Leistung
2. Festsetzung von Diätenhöchstgrenzen für alle Politiker bei Einbeziehung aller ihrer Nebenverdienste (wie bei den Arbeitslosen und ALG II- Empfängern)
3. Regelmäßige Rechenschaft der Politiker und Manager vor der Basis, was getan wurde, um die Arbeitslosigkeit abzubauen, d. h. um neue Betriebe und Arbeitsstellen zu schaffen. Wir Arbeitslosen müssen auch nachweisen, daß wir uns beworben haben und Arbeitsstellen suchen. Ohne all die fleißigen Menschen an der Basis würden die Politiker und Manager keinen Pfennig an Diäten und Bezügen sehen.

ÄNNE RESMER am 18. Oktober



## Grüner Mist

Nachdem wir am 13. September den Sozialstaat symbolisch zu Grabe getragen und vor dem SPD-Büro abgesetzt haben, stehen wir heute vor dem Büro des Koalitionspartners der SPD in der Bundesregierung. Die Bündnisgrünen stehen damit auch in der Verantwortung für Hartz IV und Agenda 2010 und machen sich mitschuldig am Sozialabbau.

Zwar haben die Hauptverantwortlichen nicht ihr Büro in Eberswalde, aber hiesige Grüne haben sich weder von der Politik ihrer Parteispitze distanziert noch haben sie unseren Protest gut geheißt oder gar unterstützt. Deshalb sagen wir heute und hier: Grüne Sozialpolitik ist Mist.

Wir erwarten von Bündnis 90 / Die Grünen vor Ort, daß sie Front machen gegen die unsziale Politik ihrer Partei. Wir erwarten, daß sie in der Stadtverordnetenversammlung und im Kreistag für die Schaffung von Betroffenenbeiräten eintreten. Wir erwarten, daß sie sich für eine Aussetzung des Hartz IV-Gesetzes, als ersten Schritt für eine Aufhebung, einsetzen.

*Rede zur der 8. Montagsdemo am 11. Oktober vor dem Büro Bündnisgrünen in der Brautstraße*



## Wo sind Sie christlich?

Ihr werdet Euch fragen, warum wir hier, vor dem CDU-Büro, Halt machen. Wir wollen, weil die Mitglieder der CDU auch nur Menschen sind – und Menschen können ja auch mal was vergessen – sie daran erinnern, was eigentlich CDU heißt. CDU ist die Abkürzung für Christlich Demokratische Union.

Aber ich frage, wo sind Sie christlich? Machen wir uns nichts vor. Wenn es nach der CDU gehen würde, würde es uns noch viel schlimmer gehen. Ich sage nur Kopfpauschale und Gesundheitsreform. Die »Reformen« der SPD sind Ihnen noch nicht genug. So kann man die Wirtschaft nicht ankurbeln, sagen Sie. Da können wir uns schon vorstellen, was mit uns passieren würde, wenn die CDU das Sagen hätte. Ich frage mich: Haben Ihre sogenannten Führungskräfte nur vergessen, was christlich heißt, oder sind Sie nur dann christlich, wenn es zu Ihrem eigenen Vorteil ist? Also stehen wir hier und fordern, daß Sie endlich anfangen sollen, christlich zu denken und zu handeln. Aber nicht nur für eine bestimmte Menschengruppe, sondern für alle!

*FRANK TÖPFER am 1. November vor dem CDU-Büro in der Steinstraße*

## »Meine Wut bestärkt mich, weiterzumachen«

Liebe Freunde der Eberswalder Montagsdemo, es gibt wahrscheinlich niemanden auf dem Platz, der mich nicht kennt. Als Finowfurterin bin ich mit meinem Lebensgefährten Helmut seit der ersten Montagsdemo in Eberswalde jedes Mal dabei. Mein Wägelchen mit Hänger dient als Transportmittel für unsere Demomittel, für die Verstärkeranlage auf dem Marsch und war auch oft schon Rednertribüne. Ich habe auch an allen Vorbereitungsberatungen teilgenommen, habe schon Tausende Zettel verteilt und für manches Zubehör für die Demo gesorgt. Ich habe Transparente getragen und mich an kleinen Aktionen während des Demonstrationzuges beteiligt. Nur eins habe ich noch nicht, nämlich auf der Kundgebung gesprochen. Es hat mich viel Kraft gekostet, heute hier ans Mikrofon zu gehen. Wenn ich heute bei unserer 10. Montagsdemo zu Euch spreche, so liegt das vor allem an dem Zorn, der sich in mir während der Stadtverordnetenversammlung vorigen Donnerstag angestaut hat. Ich muß heute meinem Herzen Luft machen.

Mit rund zwanzig Leuten besuchten wir am 21. Oktober die Stadtverordnetenversammlung. Wir empfingen die Abgeordneten vor dem Haus. Wir waren noch höflich und zeigten ihnen beim Betreten des Hauses die gelbe Karte – die gelbe Karte für Untätigkeit in Sachen Hartz IV bzw. für Ignoranz gegenüber den Forderungen der Montagsdemonstranten. Das mit der gelben Karte war ein Fehler. Wir hätten ihnen gleich die rote Karte zeigen müssen!

Auf unsere Fragen in der Einwohnerfragestunde, gab es Antworten, die mir die Sprache verschlugen. Da erklärt der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Boginski, er kenne die Forderungen der Montagsdemo nicht. Wo lebt der erste Mann der StVV? Da finden seit neun Wochen jeden Montag Demos auf dem Marktplatz statt und der oberste Stadtverordnete weiß nicht, daß konkrete Forderungen gestellt werden? Liest dieser Mann nur die Annoncen in den Anzeigebältern und die Märkische Oderzeitung, die kaum mehr als ein Bild von der Demo bringt? Reicht ihm das, um seine Verantwortung für das Wohl der Bürger dieser Stadt wahrzunehmen?

Spätestens als wir einen Auszug aus den Forderungen an die Rathausstür geheftet hatten, hätte das sein Interesse wecken müssen. Nach meinem Wissen lag dieser Anschlag allen Stadtverordneten am 16.9. auf dem Tisch. Ich möchte ihm den dezenten Hinweis geben, die »Barnimer Bürgerpost« zu abonnieren, damit er weiß, was die etablierten Presseorgane nicht drucken. Dort hätte er auch die Forderungen der Montagsdemo gefunden.

Die Frage, ob der Sozialpaß der Stadt, den bisher Hilfebedürftige erhalten können, künftig auch Empfängern von ALG II gewährt wird, konnte Bürgermeister Schulz nicht beantworten. Er vertröstete auf eine schriftliche Antwort. Das hätte er selbst längst prüfen lassen müssen, wenn er sich für die Auswirkun-

gen von Hartz IV auf die Bürger seiner Stadt interessiert hätte.

Zur Frage, ob die Stadt zulassen wolle, daß Arbeitslose gegen ihren Willen in Beschäftigungsangebote der Stadt gezwungen werden, erklärte der Beigeordnete Birk: »Wir werden niemanden zwingen – schieben Sie nicht uns den schwarzen Peter zu.« Die Stadt hätte sehr wohl die Möglichkeit, die Beschäftigung zugewiesener Kräfte abzulehnen, wenn die Betroffenen durch das Arbeitsamt gegen ihren Willen gezwungen werden. Sie könnte das Prinzip der Freiwilligkeit von vornherein zur Bedingung gegenüber dem Arbeitsamt machen.

Bürgermeister Schulz selbst ist auch kein Waisenknabe. Auf die Frage des Abgeordneten Markmann, was er von Betroffenenbeiräten halte, erklärte er, daß er dafür keinen Bedarf und auch keine Möglichkeit für die Beteiligung bei kommunalen Entscheidungen sehe. Dieser Bürgermeister ist entweder blind oder er hat kein Demokratieverständnis. Auf jeden Fall aber vertritt er nicht die Interessen der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger.

Besonders schmerzt es aber, wenn ausgerechnet von der Seite, von der man volle Unterstützung erwartet, die billigsten und falschen Argumente vorgebracht werden. Der PDS-Abgeordnete Passoko meinte allen Erstes, Betroffenenbeiräte sollten beim Landkreis angesiedelt werden, weil die Stadt keinen Einfluß auf die Ausgestaltung der Hartz IV - Regelungen hätte. »Wir sollten nicht so tun, als würden wir etwas tun«, stellte er die Beiräte als sinnloses Handeln dar. So etwas kann doch nur sagen, wer sich mit Hartz IV und der Umsetzung noch nicht beschäftigt hat.

Es gab aber auch einige wenige positive Aussagen: Andreas Fennert bekannte sich zur Mitverantwortung der StVV und verwies auf das Haushaltssicherungskonzept, das Stellenstreichungen und Mehrkosten für die Bürger bedeutet. Gerd Markmann forderte, daß Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zur Ausschußsitzung eingeladen werden, wenn über den Beirat gesprochen wird. Vor allem aber verdient Dr. Spangenberg Anerkennung, daß der Antrag auf Einrichtung eines Beirates durch die Fraktion BKB/Freie Wähler überhaupt gestellt und in seiner Rede dazu sehr gut begründet wurde.

Aber es kam nicht zur Beschlußfassung. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Kikow beantragte, den Antrag in den entsprechenden Ausschuß zu verwiesen. Er wurde darin von der CDU und leider auch PDS unterstützt. Aus dem von Dr. Spangenberg geforderten »Signal des guten Willens« wurde erst einmal nichts und wir müssen wohl befürchten, daß der auf die lange Bank geschobene Antrag abgelehnt wird.

Aber eines ist sicher: Meine Wut über den Umgang der Stadtverordneten mit den Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern bestärkt mich, weiter zu machen. Nun erst recht!

*MANUELA RICHTER am 25. Oktober*



Hartz IV - Betroffenenbeirat

## Bürgermeister sieht keinen Handlungsbedarf

**Eberswalde (bbp).** Am 13. September hatten die Eberswalder Montagsdemonstranten ihre Forderungen an die Rathaustür angeschlagen. Drei Tage später wurde der Text zur StVV-Sitzung an die Stadtverordneten verteilt. Eine der Forderungen lautete: schnellstmögliche Einrichtung eines Betroffenenbeirates.

Parallel hatte der PDS-Stadtverordnete Gerd Markmann zum 16. September eine Anfrage zu diesem Themenkreis eingereicht (BBP 10/2004). Bezugnehmend auf die Montagsdemos wollte er von Bürgermeister Reinhard Schulz wissen, ob bereits konkrete Vorschläge für einen Betroffenenbeirat in der Stadt Eberswalde vorliegen und welche Auffassung er als Bürgermeister hinsichtlich solcher Betroffenenbeiräte vertrete. Weiter hieß es in der Anfrage: »Welche Möglichkeiten und Formen sehen Sie für die konkrete Beteiligung solcher Betroffenenbeiräte an kommunalen Entscheidungen in der Stadt Eberswalde, die im Zusammenhang mit der Agenda 2010 und Hartz IV stehen?«

Eine sofortige Antwort auf der StVV lehnte Schulz mit der Begründung ab, daß die Anfrage erst drei Tage vor der StVV eingegangen sei. Für seine Antwort benötigte der Bürgermeister schließlich mehr als einen Monat.

Mit Datum 18.10.2004 schreibt Bürgermeister Schulz:

»Ich beantworte Ihre Anfrage wie folgt:

1. Mir liegen bis heute keine Vorschläge für einen Betroffenenbeirat in der Stadt Eberswalde vor.
2. Zur Schaffung eines Betroffenenbeirates sehe ich keinen Handlungsbedarf, da die Zuständigkeiten bei Entscheidungen zu Hartz IV bei der Agentur für Arbeit und beim Landkreis liegen.
3. Ich sehe keine Möglichkeit für die Beteiligung von Betroffenenbeiräten bei kommunalen Entscheidungen, die Hartz IV betreffen, da die Stadt lediglich Maßnahmen vorschlägt, in denen Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden sollen. Diese Maßnahmen sind zusätzlich, berühren nicht den Haushalt der Stadt und werden von freien Trägern begleitet und

abgerechnet.«

Zur StVV am 21. Oktober gab es zur Antwort von Bürgermeister Schulz eine Nachfrage. Zu der verwunderlich langen Bearbeitungszeit käme hinzu, daß Schulz mit seiner Antwort ignorierte, daß die Vorschläge der Montagsdemonstranten auf der StVV am 16.9. verteilt worden waren. Auch der zur aktuellen StVV-Sitzung vorliegende Beschlußvorschlag der Fraktion BKB/Freie Wähler zum Thema Betroffenenbeirat – der 10 Tage vor der Antwort des Bürgermeisters an die Stadtverordneten versandt wurde – werde vom Bürgermeister unterschlagen. Es sei völlig unverständlich, wieso der Bürgermeister hier »so offensichtlich die Unwahrheit« sage.

Reinhard Schulz antwortete darauf, ihm lägen keine Vorschläge für einen Betroffenenbeirat vor und niemand habe ihn daraufhin angesprochen.

Die BKB-Vorlage wurde anschließend mit Zustimmung des Bürgermeisters in den Sozialausschuß verwiesen.

## »Rußfreie Busse für Eberswalde«

**Eberswalde (bbp).** Im Sommer wandte sich die Deutsche Umwelthilfe e.V. an die PDS-Fraktion in der StVV Eberswalde, um auf ihre Aktion »Rußfreie Busse für Eberswalde« aufmerksam zu machen (BBP 7/2004). Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch schilderte eindringlich die gesundheitsschädlichen Folgen der Luftverschmutzung durch »Feinstpartikel«, die im wesentlichen auf die Emissionen älterer Dieselfahrzeuge zurückgeht, die nicht mit entsprechenden Filtern ausgerüstet sind. Deutschlandweit verfügen aktuell nur 9000 der 42000 Busse im ÖPNV über solche Filter, obwohl ab 1.1.2005 auf EU- und Bundesrecht begründete strengere Luftreinhaltebestimmungen gelten werden. In ihrer Antwort verwies die PDS-Fraktion auf die umweltfreundlichen Obusse in Eberswalde und versprach, sich um weiterführende Informationen zu kümmern. Da in Brandenburg die Landkreise für den ÖPNV verantwortlich sind gab die Stadtfraktion die Informationen an die Kreistagsfraktion der PDS weiter.

Mit den von Resch aufgeworfenen Fragen wandte sich die Fraktion an den Geschäftsführer der Barnimer Busgesellschaft (BBG) Frank Wuck. »Von Seiten der BBG«, heißt es in der Antwort von Frank Wuck, »sind keine besonderen Maßnahmen aufgrund der geänderten gesetzlichen Bestimmungen vorgesehen. Uns ist auch nicht bewusst, daß hier Maßnahmen notwendig sind. Es gab auch keine Informationen von Seiten der Verbände bzw. der IHK, das sich durch geänderte gesetzliche Bestimmungen betriebliche Maßnahmen erforderlich machen. Natürlich entsprechen die neu beschaff-



ten Fahrzeuge immer den neusten Anforderungen.

Im Stadtverkehr Eberswalde haben wir täglich 17 Fahrzeuge im Einsatz. Diese teilen sich im Regelfall wie folgt auf 12 Obusse und 5 Dieselfahrzeuge. Die BBG setzt in ihrem Bedienungsgebiet (Landkreis Barnim und Märkisch-Oderland) insgesamt 118 eigene und 19 fremde Fahrzeuge ein. Hiervon haben die 15 Obusse einen elektrischen Antrieb. Die restlichen Busse besitzen einen Dieselantrieb. Die BBG verfügt über keine Busse mit einem Erdgasantrieb. Desweiteren ist auch kein Fahrzeug mit einem Partikelfiltersystem ausgestattet.

Derzeit gibt es keine Planungen von Seiten der BBG die Busse mit einem Filtersystem auszurüsten. Solche Anforderungen sind auch nicht als Qualitätsanforderungen in den Nahverkehrsplänen der Landkreise enthalten. Dies wäre jedoch erforderlich.«

Deutscher Städtetag:

## Ein-Euro-Jobs unterstützt

**Köln (dst/bbp).** »Das Präsidium des Deutschen Städtetages unterstützt weiter die Umsetzung von Hartz IV und setzt alles daran, daß dieser Reformprozeß zeitgerecht verwirklicht werden kann.« Das teilt das geschäftsführende Präsidialmitglied Dr. Stephan Articus Ende September dem vom Städtetag herausgegebenen »Ratsbrief« mit. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten wollen die Städte »Beschäftigungsangebote für langzeitarbeitslose« bereitstellen. Bedenken von Seiten des Handwerks gegen öffentlich geförderte Beschäftigung in sogenannten Ein-Euro-Jobs werde dabei »im Dialog vor Ort Rechnung zu tragen sein«. Die Städtetagspräsidentin und Oberbürgermeisterin von Frankfurt/Main Petra Roth äußerte die Hoffnung, daß die »Ziele von Hartz IV mit den Prinzipien Fördern und Fordern« in der Bevölkerung durch wachsende Aufklärung zunehmend auf Verständnis stoßen. Hartz IV sei kein Wundermittel gegen fehlende Arbeitsplätze, »kann aber sehr wohl dazu beitragen, daß Langzeitarbeitslose wieder leichter Zugang zum Arbeitsmarkt finden«. Der Städtetag hofft darauf, daß die Länder die Einsparungen durch die Wohngeldreform ohne Abstriche an die Kommunen weitergeben. Sorgen macht sich die Kommunalvereinigung darüber, daß den Städten durch Hartz IV finanzielle Mehrbelastungen entstehen könnten. Um dem entgegenwirken zu können, erwartet der Städtetag von der Bundesregierung, »daß die kommunalen Spitzenverbände an dem dazu vorgesehenen Revisionsverfahren und an dessen Vorbereitungen beteiligt werden«.

Tauschringe:

## Alternative zum Kapitalismus oder Elendsverwaltung?

Teil 1: Peter Spangenberg über Silvio Gesells Modell vom Wirtschaften

An der Diskussion im BBP-Forum (vgl. Teil 1 in BBP 10/2004) beteiligte sich auch Peter Spangenberg. Er konzentrierte sich hauptsächlich auf das von Peter Bierl im Ausgangsbeitrag gestreifte Thema »Schwundgeld«.

»Vom Wesen der Inflation und von den Zinsen in der Wirtschaft« habe Bierl »wirklich keine Ahnung«, schrieb Spangenberg. Hohe Zinsen ließen den Unternehmern kaum noch Chancen auf Gewinne. »Niedrige Zinsen sind aber nicht im Sinne der Kapitalbesitzer, welche ihr Kapital nicht verkaufen, sondern nur verleihen! Diese Zinsempfänger - und das sind eben nicht die vielen kleinen Herstellerfirmen, Handwerker und Honorarempfänger, mit denen Marx und der liebe Peter Bierl die wirklich am Zinssystem profitierenden Superreichen in einen Topf der bösen Kapitalisten wirft.« Die freuten sich im Gegenteil immer dann, wenn Geld besonders viel Zinsen einbringe.

»Zum Schluß einer Spielrunde der Zinsempfänger (Hyperinflation/Krieg, Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, Stagnation, Deflation/Umverteilung) sind den anderen Teilnehmern alle Mittel über Zinsen abgesaugt worden, die anderen sind nicht mehr hinreichend zahlungsfähig, also bittet man den Staat, mit seiner Verschuldung einzuspringen. Kommt der Staat an seine Grenzen der Zahlungsfähigkeit (etwa heute), dann ist bisher immer ein wenig Konjunktur über ein Endsieg-Programm (Hochrüstung mit Vollbeschäftigung, Mobilmachung und Sicherheitsleistung an die Finanzierer in Form von bald erwarteten Kriegsgewinnanteilen) erzeugt worden. Das kann auch schief gehen, wie Deutschland schon zweimal hintereinander bewiesen hat.« Auf jeden Fall kostete es Millionen Menschenleben und selbst bei gewonnenen Kriegen, wie im Irak, »hat die Gewinne sowieso bald wieder das Großkapital über die Zinsen bei sich angesammelt«.

Dafür könne man einfache mathematische Funktionen mit zwei Strichen in den Sand malen. »Das ergibt dann den Fisch der Urchristen. Wir zeichnen ein Koordinatensystem mit x- und y-Achse, zeichnen den Fisch mit dem Maul zum Koordinatenursprung hin und nennen eine Kurve – den Fischbauch – Schulden, die andere Kurve – den Rücken – Wirtschaftsniveau. An der Schwanzwurzel überholen die Schulden immer die Wirtschaftskraft. Der Punkt heißt Schuldnersättigung. Man kann den Punkt mitunter ein wenig hinausschieben, aber man entgeht dem Ende sowieso nicht. Wir haben es also nur mit einem für legal erklärten Schneeballsystem zu tun, welches ja auch nur dann verlängert werden kann, wenn sich noch ein paar Dumme finden. Und kennen wir irgendein Schneeballsystem, das für alle faire Chancen läßt und der gesamten Wirtschaft

nützt? Von wegen – es gibt immer nur einen Gewinner, und das ist die Gruppe der Spielbeginner. Jeder Blick in den Wirtschaftsteil der Zeitungen zeigt sehr wohl, daß Gesell recht hat. Man muß nur eins und eins zusammenzählen können. Die Endphase – daß heißt die Abstoßung von Ballast in Form überbewerteter Aktien, Immobilien und Rentenversprechen ist in vollem Gange.« Die Zusammenbruchphase würden dann wiederum jene Superreichen nutzen, um die Filetstücke aus der Konkursmasse für einen Schnäppchenpreis an sich zu bringen. »Diese Bargeldreichen sichern sich nun andere Lebensgrundlagen (Ver- und Entsorgungsmopole, Energie, Rohstoffe, Ackerland), von denen sie hoffen, nach dem Zusammenbruch mit einer neuen Währung und mit den alten Spielregeln wieder mit gehörigem Vorsprung ins Rennen zu gehen. Bis zum nächsten Knall.«



Vulgärökonomisch, meint Peter Spangenberg, sei wohl eher eine Lehre zu nennen, »die nachweislich in größeren Zeitabständen immer wieder zum Zusammenbruch großer Reiche und Zivilisationen führt, die von allen Religionen gemeinsam als nicht zukunftsfähig verteuelt wird und die nicht einmal im Stande ist, die Zinsen als eigenen Selbstvernichtungsmechanismus zu erkennen«. Die Strategie der Tauschringe, Alternativwährungen und des Zinsverzichts (Vertrauen wagen) funktioniere seit frühesten Anfängen der menschlichen Gesellschaft bis in die Gegenwart. Peter Spangenberg nennt die Nachbarschaftshilfe oder die gegenseitige Stütze unter Verwandten als Beispiel. Das alles zerbreche erst, wenn Zinslasten große Teile des Volkes so unter Druck setzen, daß ein Ausweg auch in der Hilfeverweigerung gesucht wird. »Und die Zinslasten stecken nicht nur im eigenen Kredit, sondern zu 70 Prozent in jeder Büro- oder Wohnungsmiete, in jedem kreditfinanzierten Material, Halbfertigprodukt, Lohn und in jedem Kleinkram, der auf geleasten oder gemieteten Anlagen hergestellt

wurde. Und von da an, wo alles nur noch auf Kredit und verzinst am Laufen gehalten werden kann, ist es nur noch ein Katzensprung bis zum Kollaps.«

Gesells Modell vom Wirtschaften, so Peter Spangenberg weiter, macht keinen auf die Schnelle reich. »Jedoch stimmt es nicht, daß alle ärmlich leben. Im Gegenteil – die durchschnittliche Entwicklung des Lebensniveaus verläuft stabiler und dauerhaft nach oben. Sobald das Konkurrenzmodell mit Zinsen an der fälligen Krise einknickt, zieht das Gesell-Modell vorbei, um erst bei Erreichen eines optimalen Verhältnisses von Aufwand und Nutzen auf Niveau der Grenzleistungsfähigkeit stehen zu bleiben. Und auch in so stabilen Systemen wird man immer sparen, wird man Vorräte in sinnvoller Höhe anlegen, wird man sich auf Katastrophen vorbereiten. Das haben – ohne alle Zinsen – auch schon die Steinzeitmenschen so getan. Weshalb sollten wir heute zu dusselig dazu sein?« Im Gegenteil sei es die totale Geldknappheit durch das Horten von verzinsbarem Geld, die die Unternehmer heute zu so anfälligen Verfahren wie »just-in-time« zwingt, »wo man auf jede Lagerhaltung verzichten muß, damit einem die Zinsen des Warenlagers und der dafür nötigen Immobilie nicht die Haare vom Kopf fressen. Wäre das Lager zinsfrei finanziert und wäre die Ware auch bei Zahlung nach einem Jahr nicht teurer, dann würde sich doch wohl niemand den Streß mit Autobahnstaus, unklaren Warenverfügbarkeiten, sehr teuren Logistiklösungen usw. antun, denn der kurze Weg ins Lager ist billig, einfach und störungsfrei. Und es gibt noch Mengenrabatt beim Einkauf.«

Zum Schluß wendet sich Peter Spangenberg dagegen, allen, die sich »nicht mit Zinsen anfreunden, zu Judenhassern zu erklären«. Hitler habe das Großkapital bedient, »als er sich auf Pump ein gewaltiges soziales Netz, den Autobahnbau und eine unvorstellbare Rüstungsmaschinerie leistete«. Dabei hatten die reichsten Juden längst das Weite gesucht, »während die schuhflickenden, musizierenden oder lehrenden Verwandten den Kopf hinhalten mußten, als der Pöbel durchdrehte« (vgl. hierzu den Beitrag auf Seite ...).

Peter Bierl ergreife eindeutig Partei für das »herkömmliche morsche Zinssystem« und wird wohl erst merken »was für einen Schwachsinn er da aufgeschrieben hat, sobald er selbst vom Niedergang seiner Lieblingswirtschaftsweise betroffen ist«.

G.M.

In Teil 3, der für die nächste BBP-Ausgabe vorgesehen ist, folgt der Versuch einer Auseinandersetzung mit den Thesen von Dominique Voigt und Peter Spangenberg.



## Projekt Ebertstraße Süd liegt auf Eis

**Eberswalde (bbp).** Die Bebauung der Südseite der Ebertstraße steht seit längerem auf der Agenda von Bürgermeister Schulz und der städtischen Bauverwaltung. Die StVV erteilte schon vor Jahren ihre generelle Zustimmung. Eine Reihe von Projekten und Investoren waren in der Zwischenzeit im Gespräch. Auf eine entsprechende Anfrage der FDP-Fraktion nach dem Stand der Dinge antwortete Baudezernent Dr. Gunther Prüger, daß seitens der Besitzer des Volksbank-Geländes keine Investitionen im südlichen Bereich der Friedrich-Ebert-Straße beabsichtigt sind. Dies habe er von dem in deren Auftrag handelnden Leverkusener Architekturbüros Pässler, Sundermann und Part-

ner erfahren. Herr Pässler informierte den Baudezernenten zudem darüber, daß die Investorengruppe Wertkonzept (Rathauspassagen) nach entsprechenden Untersuchungen entschieden hat, ebenfalls auf Investitionen in diesem Bereich zu verzichten. Als weitere Interessenten waren die städtische Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG) und die Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Gespräch. Aber auch von diesen gibt es keine Investitionsabsichten. Geschuldet sei dies der Tatsache, sagte der Baudezernent, daß die Investitionsmöglichkeiten sehr schlecht und die Fördermittel für Wohnungsneubauvorhaben im Land Brandenburg sehr knapp seien.

## Zivildienst im Bereich der erneuerbaren Energien

*Neue Möglichkeiten für gemeinnützige Einsatzstellen*

**Berlin (bmf/sfj).** Anerkannte Kriegsdienstverweigerer haben nun auch die Möglichkeit, den Zivildienst auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien zu leisten. Darauf haben sich Bundesfamilienministerin Renate Schmidt und Bundesumweltminister Jürgen Trittin verständigt.

Eine Ergänzung im Merkblatt des Bundesamtes für den Zivildienst (BAZ) schafft die Voraussetzung dafür: Neben den Einsatzfel-

dern im sozialen Bereich und den bisher bereits möglichen Tätigkeiten im Umweltschutz, im Naturschutz und der Landschaftspflege sowie im Gewässer- und Wasserschutz können Zivildienstleistende künftig auch rund um Solarenergie, Wasser- und Windkraft, die energetische Nutzung von Biomasse und Geothermie ihren Dienst leisten. Weitere Informationen gibt es im Internet unter [www.zivildienst.org](http://www.zivildienst.org) und [www.erneuerbare-energien.de](http://www.erneuerbare-energien.de).

## »Hartz IV trifft uns alle unmittelbar«

*Rede auf der 7. Montagsdemo gegen Hartz IV am 4. Oktober*

Ein Bekannter fragte mich: Warum läufst Du da mit? Du bist doch gar nicht betroffen!

Ja, das stimmt, antwortete ich ihm, unmittelbar betroffen bin ich als Rentner nicht. Aber wenn es vielen Menschen in unserem Kreis schlechter geht – und es wird ihnen schlechter gehen – dann wirkt sich das auch auf andere, auch auf mich aus. Ich möchte aber nicht, daß es uns schlechter geht! Deshalb bin ich dabei!

Es macht mich sehr betroffen wenn ich hier nur 150 Menschen sehe, aber weiß, daß mehr als 5000 direkt betroffen sind.

Es macht mich betroffen, hier nur eine Handvoll Finowfurter zu sehen, weil ich weiß, daß in meinem Wohnort mehrere hundert direkt betroffen sind, für die der Bürgermeister jetzt Ein-Euro-Jobs sucht.

Es macht mich betroffen, daß unsere Handelsleute mehrheitlich noch nicht begriffen haben, daß auch sie von Hartz IV unmittelbar betroffen sind. Hartz IV ist Gift für die Nachfrage. Viele kleine Läden werden pleite gehen. Bei den Großen hat das schon angefangen.

Es macht mich betroffen, daß es auch viele Handwerksmeister noch nicht begriffen haben, daß Hartz IV sie unmittelbar trifft. Welcher aus Hartz IV gesetzte Eigenheimbesitzer wird noch noch Aufträge auslösen für eine Dachreparatur, für neuen Putz oder gar neue Fenster?

Es macht mich betroffen, daß diejenigen, die etwas jünger sind als ich, jahrelang in die Ar-

beitslosenkasse eingezahlt haben, jetzt kein angemessenes Arbeitslosengeld erhalten sollen. Das halte ich für Unrecht. Das halte ich für Verfassungsbruch.

Es macht mich betroffen, daß viele junge Menschen keinen anderen Ausweg sehen, als ihre Heimat zu verlassen. Arbeit im Wald für einen Euro die Stunde – das ist keine Perspektive für einen jungen Facharbeiter.

Es macht mich aber auch betroffen, zu wissen, daß es sogar junge Menschen gibt, nur überlegen, wie sie ohne arbeiten zu müssen, möglichst viel Geld bekommen. Für diese Menschen stehe ich nicht hier!

Die hier stehen, wollen arbeiten. Sie wollen nichts umsonst, sie wollen nichts geschenkt. Sie wollen für sich selber sorgen. Es gibt genug Arbeit! Gebt ihnen Arbeit und bezahlt diese Arbeit so, daß sie davon leben können! Geld ist genug da! Es darf nicht ausgegeben werden, um die Arbeitslosigkeit zu verwalten. Es kommt darauf an, Arbeitsplätze zu schaffen!

Vorgestern demonstrierten in Berlin Bürger aus ganz Deutschland dafür, nicht nur aus dem Osten. Aber der Bus aus Eberswalde war nicht einmal voll – das ist beschämend! 50.000 Demonstranten in Berlin – das ist lächerlich, so schaffen wir es nicht. Ich wünsche mir, daß die Betroffenen endlich aufwachen – alle – und Signal geben! Hartz IV ist das falsche Signal! Hartz IV muß weg!

JOHANNES MADEJA

## Spirale des Kriegs

Nach der Präsidentenwahl planen die USA eine Großoffensive gegen Falludscha und 22 weitere Städte, heißt es in einem Beitrag der Tageszeitung Junge Welt vom 2. November. Schon seit Wochen zog die US-Armee starke Kräfte um Falludscha, das Symbol des irakischen Widerstands, zusammen. Die 300000-Einwohner-Stadt ist fast vollständig eingeschlossen und systematischen Luftangriffen ausgesetzt. Bei der ersten Belagerung Falludschas im April töteten amerikanische Soldaten mehr als 1000 Zivilisten. Die Angriffe wurden abgebrochen, als sich die Proteste gegen dieses Massaker sogar auf kollaborationswillige Politiker ausweitete und zugleich eine bewaffnete Revolte im schiitischen Landesteil ausbrach.

## Konzessionsabgabe weg?

**Gelsenkirchen/Eberswalde (dst/bbp).** Der Deutsche Städtetag lehnt den vorgelegten Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neufassung des Energiewirtschaftsrechts in der jetzigen Form ab. Der Entwurf, stellte das Präsidium auf seiner jüngsten Sitzung in Gelsenkirchen fest, stelle einen schweren Eingriff in das Recht der kommunalen Selbstverwaltung dar, »denn er entzieht den Städten die Regelungskompetenz für die örtliche Energieversorgung«. Angesichts der katastrophalen Finanzlage der Städte sei es außerdem unabdingbar, daß zeitgleich auch eine Neufassung der Konzessionsabgabenverordnung in Kraft tritt, »die mit dem Ziel eines Erhalts dieser Abgabe in der bisherigen Höhe an die neuen Begrifflichkeiten des Gesetzes angepaßt wird«. Die Stadt Eberswalde erhält von den Stadtwerken jährlich etwa 1,2 Millionen Euro an Konzessionsabgaben. Erst vor einem Monat hatte die Kommunalaufsicht ein kreditähnliches Geschäft der Stadt mit den stadteigenen Technischen Werken (TWE) verboten, durch das der Stadt kurzfristig aus der finanziellen Patsche geholfen werden sollte. Zur Kredittilgung hatte die Stadt die Konzessionsabgaben für die nächsten vier Jahre an die TWE abgetreten.

## Kerstin Kaiser-Nicht singt

**Eberswalde (bbp).** Zu ihrer Jahresabschlußveranstaltung am 9. Dezember lädt die AG Senioren beim Stadtvorstand der PDS Eberswalde Parteimitglieder, Sympathisanten und sonstige Interessierte in den Familiengarten (ehem. Laga-Gelände) ein. Höhepunkt ist ein Gesangsprogramm mit Kerstin Kaiser-Nicht (im Nebenberuf PDS-Landtagsabgeordnete) in Begleitung eines Gitarristen. Es werden deutsche und russische Volkslieder, Songs und andere Titel erklingen. Die Jahresabschlußveranstaltung beginnt um 14.30 Uhr. Interessenten werden gebeten, sich in die bei vorherigen Veranstaltungen der AG ausliegenden Teilnehmerlisten einzutragen. Eine telefonische Anmeldung ist bei Günter Blumensath möglich (Tel. 03334/212653).

## Museum in der Adler-Apotheke *Ausgrabungs(ge)schichten*

Die archäologischen Ausgrabungen auf dem seit Ende des Zweiten Weltkrieges unbebaut gebliebenen Pavillonplatz in der Eberswalder Altstadt verleihen der neuen Sonderausstellung im Museum aktuelle Brisanz. Die dort geborgenen Funde können natürlich aus restauratorischen Gründen noch nicht präsentiert werden. Aber es liegen von anderen kleineren und größeren archäologischen Untersuchungen im Altstadtzentrum zahlreiche interessante Befunde vor, die im Eberswalder Jubiläumsjahr mit den daraus zu schlußfolgernden neuen Erkenntnissen zur ältesten Stadtgeschichte präsentiert werden sollen.



Die Ausgrabungen 1995 an der Töpferstraße brachten bisher die umfangreichsten Ergebnisse. Mehr als 100 aus diesem Bereich geborgene Fundstücke wurden in der Restaurierungswerkstatt des Archäologischen Landesmuseums in Wünsdorf für die Ausstellung vorbereitet. Die Holzschmiede Bogfried baute für die Ausstellung einen Teil von Fachwerkhäusern sowie eine der zahlreich hier gefundenen Holzbrunnenkonstruktionen nach. Somit kann diese Präsentation ein anschauliches Bild mittelalterlichen Lebens in Eberswalde entwerfen.

Eberswalde gilt als die archäologisch bestuntersuchte mittelalterliche Stadt in Brandenburg, wie der die Ausstellung wissenschaftlich begleitende Mittelalterarchäologe Dr. Christof Krauskopf immer wieder betont. Das Landesinteresse an diesem Ausstellungsprojekt beweist seine Förderung durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.

INGRID FISCHER,

Leiterin des Museums in der Adler-Apotheke

### *Potsdamer Gespräche*

Montag, 6. Dezember: 20 Uhr, Potsdam, Villa Arnim (Industrieclub) am Eingang von Park Sanssouci, Weinbergstraße 20

*Utopie konkret -*

*Was tun, wenn nichts mehr geht?*

Gesprächspartner:

Robert Kurz und Christoph Spehr

## »Als der Pöbel durchdrehte«

Vergessen und Verdrängen der eigenen Geschichte ist heutzutage ein weitverbreitetes Phänomen in der Bundesrepublik. Dabei haben die Ostdeutschen den Vorteil, die Einseitigkeit staatlich doktriniertes Geschichtsauffassungen unter zwei völlig verschiedenen Vorzeichen erleben zu können. Dies bot die Chance zum Erkenntnisgewinn, beinhaltet aber dennoch die Gefahr, in historische Orientierungslosigkeit abzugleiten. Der Verzicht auf eine dialektische Betrachtungsweise verführt dazu, Erscheinungen für das Wesen zu nehmen. Ein Beispiel dafür ist die Bewertung der Judenverfolgung im faschistischen Deutschland. Handelte es sich bei den Pogromen am 9. und 10. November 1938 um spontane Aktionen eines »Pöbels«, der »durchdrehte«?

Im August 1933 schrieb der in Eberswalde erscheinende Märkische Stadt- und Landbote: »Die öffentliche Meinung vertritt die Auffassung von dem Unwert des Einkaufens bei einem Juden«. In Eberswalde wurde allen im öffentlichen Dienst Beschäftigten mit der Entlassung gedroht, wenn sie bei Juden kaufen. Spätestens mit den Nürnberger Rassengesetzen des Jahres 1935 wurden die Juden in Deutschland offiziell zu Aussätzigen erklärt.

Im Jahr 1938 hatte schon lange vor dem Novemberpogrom nochmals eine Welle von anti-jüdischen Gesetzen und Maßnahmen eingesetzt. Im März verloren die jüdischen Gemeinden ihre bisherige Stellung als Körperschaften des öffentlichen Rechts. Am 26. April erging die »Verordnung über die Anmeldung des Vermögens der Juden«. Alle, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden galten, hatten bis zum 30. Juni 1938 ihr gesamtes in- und ausländisches Vermögen wertmäßig zu erfassen und bei der höheren Verwaltungsbehörde ihres Wohnbezirkes anzumelden. Nach einer weiteren Verordnung vom 17. August 1938 durften Juden nur bestimmte Vornamen führen oder als zusätzliche Zwangsnamen »Israel« oder »Sara« tragen. Eine Verordnung vom 5. Oktober legte die Kennzeichnung jüdischer Reisepässe für das Ausland mit einem eingestempelten roten »J« fest.

Als Anfang November auf den Legationssekretär der Deutschen Botschaft in Paris vom Rath ein Mordanschlag verübt wurde, war das willkommener Anlaß, um die Verfolgung der Juden zu eskalieren. Überliefert ist ein Fernschreiben aus Berlin, das der Chef der Geheimen Staatspolizei, Heinrich Müller, am späten Abend des 9. November 1938 an alle Dienststellen durchgegeben hatte. Darin heißt es: »Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen, stattfinden. Sie sind nicht zu stören...« Die Festnahme von 20-30.000 Juden sei vorzubereiten. »Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch im Laufe der Nacht.«

Am Abend des 9. November feierten die Nazis auf dem Eberswalder Marktplatz den Hitler-Ludendorff-Putsch von 1923. An den Seiten des Platzes waren 400 Fackelträger aufmarschiert. Was anschließend bis zum Brand der Synagoge und den Plünderungen im Stadtzentrum passierte, liegt weitgehend im historischen Dunkel. Der Gestapo-Befehl dürfte gegen Mitternacht in Eberswalde angekommen sein. Als am Morgen des 10. November um 6.30 Uhr Feueralarm gegeben wurde, brannte die Synagoge schon lichterloh. Augenzeugen berichten, daß es der Feuerwehr verboten worden war, den Brand zu löschen. Gleichzeitig wurden die jüdischen Geschäfte in der Stadt systematisch verwüstet.

Daß es sich nicht um eine »spontane Aktion« eines »durchgedrehten Pöbels« handelte, macht auch die Tatsache deutlich, daß ausgerechnet der Prediger der Synagogen-Gemeinde Joseph Wolff neben anderen Juden noch am 10. November unter der Anschuldigung der Brandstiftung verhaftet wurde. Die Verhafteten wurden mit zerschundenem, blutigem Rücken auf die Polizeiwache eingeliefert. Mindestens einer starb wenige Tage darauf an den erlittenen Verletzungen. G.M.

(Quelle: Zur Geschichte der Eberswalder Synagogen-Gemeinde, Heimatkundliche Beiträge Heft 2, herausgegeben vom Stadt- und Kreismuseum Eberswalde, 1993, mit freundlicher Genehmigung)

Museum in der Adler-Apotheke

## Das neue Jahrbuch ist da

**Eberswalde (prest-ew).** Der »Verein für Heimatkunde zu Eberswalde« stellte am 2. November im Museum in der Adler-Apotheke das neue »Eberswalder Jahrbuch für Heimat-, Kultur- und Naturgeschichte« vor. Auf 272 Seiten erhält man in 32 reich bebilderten Beiträgen viele Informationen zur Heimat-, Natur- und Kulturgeschichte unserer Stadt und zu anderen Orten des Kreises Barnim.

Natürlich sind dem 750jährigen Jubiläum von Eberswalde mehrere Arbeiten gewidmet, so beispielsweise die Festrede des Stadtverord-

netenvorstehers (Boginski), die Geschichte des Pavillonplatzes (Rohlfien & Aßmann), die Mühlengeschichte (Laska & Kliche) oder eine Chronik des Hauses Schwärzetal (Wühle). Ein Beitrag bietet Bilder vom Festumzug.

In dem Jahrbuch kann man erfahren, daß Heimatgeschichte nicht nur spannend, sondern auch lehrreich sein kann. Es bietet einen garantiert reizvollen und anregenden Lesestoff. Erhältlich ist das Jahrbuch in den Eberswalder Buchhandlungen und im Museum in der Adler-Apotheke.



Bund zum Schutz der Interessen der Jugend e. V.

## Herbstspaß auf Rügen

**Binz/Eberswalde (bsij).** Begleitet von traumhaftem Herbstwetter organisierte der BSIJ e.V. im Zeitraum, vom 3. bis 8. Oktober sein diesjähriges Ferienprojekt in Binz auf Rügen. Für 17 Barnimer Kinder, vorwiegend aus dem Brandenburgischen Viertel in Eberswalde, stand neben der wohlverdienten Erholung vom Schulstreß auch das Training sozialer Kompetenzen, vor allem aber spannende Abenteuer und jede Menge Spaß auf dem Programm.

Unter der Leitung von Hardy Lux organisierte das Betreuersteam zunächst die ersten beiden Tage in Binz. Die weitere Gestaltung der Tage lag dann, unterstützt durch das Betreuersteam, vorwiegend in den Händen der Kinder. Dabei entwickelten die Kinder neben einem enormen Einfallsreichtum vor allem großes Engagement und viel Selbständigkeit.

So organisierten sie unter anderem: eine abenteuerliche Stadtrallye, eine Bootstour entlang der berühmten Kreidefelsen, die Besichti-

gung des Hafens von Saßnitz, ein Fußballturnier, eine Nonsensparade, eine Miniplaybackshow, viele Spiele und nicht zu vergessen die Strandkorb-Nachtwanderung, die einigen bestimmt noch eine Weile in Erinnerung bleiben wird.

Stolz sind wir darauf, daß alle notwendigen Dinge unseres Zusammenlebens, angefangen vom Essenseinkauf bis hin zur Gestaltung des Tages- und Abendprogramms gemeinsam organisiert wurden. Teamarbeit stand dabei im Vordergrund aber auch, daß gelernt wurde mitzuentcheiden, wie die Zeit im Ferienlager gestaltet werden sollte.

Die finanzielle Förderung und die damit verbundene erfolgreiche Durchführung des Projektes übernahmen der Landkreis Barnim und die Stadt Eberswalde. So war es möglich besonders Kindern aus einkommensschwachen Familien ein paar schöne Ferientage zu ermöglichen.

Dagmar Enkelmanns »Offene Worte« mit Andreas Wecker

## 51 Sekunden Schweigen

»Meine Damen und Herren, Ich bitte Sie jetzt mal um etwas Schweigezeit« bat mit einem verschmitzten Lächeln Dagmar Enkelmann (MdL) im Verlauf der Veranstaltung sowohl das Publikum, als auch Andreas Wecker, Weltklasseturner und 51. Gast der Gesprächsrunde »Offene Worte«. Und wir schwiegen – genau 51 Sekunden, denn genauso lange dauerte die Übung am Reck, für die Andreas Wecker Olympiagold bekam. Da geht einem nichts durch den Kopf, es ist wie das automatische Ablaufen einer tausendmal geprobteten Prozedur. Trotzdem turnt Andreas Wecker mit dem Kopf.

Schon sehr frühzeitig wurde Andreas Wecker für das Turnen entdeckt. Mit neun Jahren kam er an die Kinder- und Jugendsport-schule, wo sich der Tagesablauf nur um Training, Schule und Schlafen drehte. Dort wird man motiviert, aber auch der Wettkampf selber stellt eine Motivation dar. Andreas Wecker ist ein Typ, der auch zwei Tage vor einem großen Wettkampf seine Übung ohne Probleme umstellen kann. Viele seiner Übungen denkt er

sich selber aus – meist kommen neue Ideen im Schlaf. Es ist sogar vorgekommen, daß er dabei so heftig »träumte«, bis er aus dem Bett fiel und schweißüberströmt aufwachte.

1988 erturnte er sich zum ersten und letzten Mal eine Medaille im Kunstturnen, danach gab es die Disziplin nicht mehr. 1989 wurde er als einziger Turner in der Geschichte Sportler des Jahres. 1997 hörte Andreas Wecker überraschend auf, versuchte 1998 sein Comeback. Andreas Wecker hat viele neue Ideen, wie das Turnen in Deutschland wieder attraktiver sein könnte und wird sich damit auch einbringen. Vor allem sollte man sich auf die Nachwuchsarbeit kümmern, dem Breitensport sehr viel mehr Aufmerksamkeit widmen.

Sein Leben nach der Sportkarriere wird durch die Hilfe für Kranke bestimmt. Er betreibt ein Wellness-Center, sah schon Leute aus ihrem Rollstuhl aufstehen. Mit seinem Motto »Glauben versetzt Berge« will er sich auch außerhalb von Deutschland den Bedürftigen widmen. Wir wünschen ihm viel Erfolg dabei.

BÄRBEL MIERAU

## Gegenseitiges Geben und Nehmen

**Eberswalde (prest-ew).** Der Seniorenbeirat der Stadt Eberswalde und der Familiengarten Eberswalde, vertreten durch die Landesgartenschau Eberswalde 2002 GmbH, unterzeichneten am 29. Oktober eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit im Interesse eines anspruchsvollen Niveaus des geistig-kulturellen Lebens der Seniorinnen und Senioren der Stadt Eberswalde. Beide Seiten wollen bewirken, daß die im Rahmen der Landesgartenschau 2002 und

darüber hinaus entstandenen materiellen und ideellen werte erhalten bleiben, sie den veränderten Bedingungen einer Nachnutzung anpaßt werden, Betätigungsfelder für die älteren Menschen entstehen und ein breites öffentliches Interesse geweckt wird. Der Seniorenbeirat, ein Beratungsgremium für den Bürgermeister, zeigt damit ein gutes Beispiel für ehrenamtliche Tätigkeit im Interesse aller Seniorinnen und Senioren der Stadt.

## Barnimer Natur und Umwelt

**Eberswalde (bbp).** Die nächste Veranstaltung der AG Senioren beim Stadtvorstand der PDS Eberswalde widmet sich am 18. November der »weiteren Entwicklung von Natur und Umwelt im Barnim«. Als Gesprächspartner stehen die Fraktionsvorsitzende der PDS im Landtag Brandenburg Dr. Dagmar Enkelmann, Wissenschaftler und Studenten der Eberswalder Fachhochschule sowie weitere Spezialisten auf diesem Gebiet zur Verfügung. Die Diskussion findet wie immer in der Eberswalder Bierakademie statt und beginnt um 14 Uhr.

## Freundschaftsgesellschaft

**Eberswalde (BbgFG).** Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft lädt ihre Mitglieder für den 16. November um 14.30 Uhr zu einem Videonachmittag in die Brunnenstraße 14 ein. Gezeigt wird der Videofilm der Familie Pollack über die Dominikanische Republik. Um Anmeldung bis 9. November wird gebeten (Tel. 24896).

## »Spatzennestkinder« jubeln

Preisträger beim Naturerlebniswettbewerb

Eine Hortgruppe unserer Kindertagesstätte »Spatzennest« hat sich auch in diesem Jahr an der bundesweiten Projektausschreibung »Erlebter Frühling 2004« der Naturschutzjugend (NAJU) beteiligt. Ende September erhielten wir Post aus Bonn und erfuhren mit großem Hallo, daß wir zum dritten Mal Bundespreisträger sind. Wir waren zur großen Siegerehrung eingeladen nach Potsdam-Babelsberg, um von Staatssekretär Martin Gorholt unsere Urkunde und unseren preis in Empfang zu nehmen. 13 Kinder der Einrichtung und ihre Projektleiterin Annemarie Zeidler freuten sich schon riesig auf den 26. Oktober, als es auf große Fahrt ging.

Die Kinder haben sich in diesem Projekt intensiv mit den Frühlingsboten Maulwurf, Feldlerche, Zitronenfalter und Kamille auseinandergesetzt. Einen Maulwurf in der freien Natur zu finden, war äußerst schwierig. Deshalb freuten wir uns sehr, daß eine Mutti aus unserer Kindertagesstätte mit Bildtafeln und einem ausgestopften Maulwurf helfen konnte. Andrea Kühn erklärte uns die Lebensweise und das Erscheinungsbild des Maulwurfes sehr ausführlich. Besonders interessant fanden wir, daß ein Maulwurf nur 17 cm groß ist und nicht mehr wiegt als eine Tafel Schokolade. Mit Lupen untersuchten wir die Blütenköpfe der Kamille und die Beschaffenheit des Zitronenfalters. Die Kinder staunten nicht schlecht, als klar wurde, daß die Blütenköpfe der Kamille aus 400-500 kleinen Blüten bestehen. Dem Gesang der Feldlerche zu lauschen, war für alle ein schönes Erlebnis. Mit Eifer und Ausdauer wurde zum Thema gebastelt, gemalt, modelliert und fotografiert. Diese Exponate wurden dann nach Bonn geschickt.

Erzieherinnen der Kita »Spatzennest«

## Manfred Bofinger in Eberswalde

**Eberswalde (bm/bbp).** Anlässlich der 13. Berlin-Brandenburgischen Buchwochen hat die Buchhandlung Mahler den bekannten Cartoonisten, Grafiker und Autor Manfred Bofinger zu einer Lesung ins Börsencafé im SparkassenForum eingeladen. Die Veranstaltung am 6. November um 18 Uhr steht unter dem Motto »Ein dicker Hund mit krummem Löffel«.

Zu seinem Buch »Der Krumme Löffel«, 1998 im Aufbau-Verlag erschienen, schreibt Bofinger selbst: »Ich wurde 1941 geboren. Die Geschichten in diesem Buch haben sich zwischen 1946 und 1950 in der Vier-Sektoren-Stadt Berlin zugetragen. Ich erzähle sie, weil

*ich weiß, daß die Jahre der Notbehausungen, der eiskalten Winter und des Hungers aus Kindersicht mitunter auch vergänglich und freundlich waren.«*

Das Buch »Ein dicker Hund« beinhaltet 62 Geschichten und 22 Briefe von Kindern an den Künstler Manfred Bofinger. Er berichtet von seinen Begegnungen mit Kindern auf eine heitere und anrührende Weise. Durch den amüsanten Touch hat der Leser viel Spaß beim Lesen und etliches zum Lachen. Illustriert sind die liebevoll erzählten Geschichten mit 100 Bignetten, natürlich von Manfred Bofinger selbst gezeichnet.

## Klaus Kordon liest in Eberswalde

Am 5. November 2004, um 19.00 Uhr begrüßen wir den Berliner Schriftsteller in der Stadtbibliothek. Kordon, der sich vor allem als Autor der Jugend sieht, ist für seine Arbeit mit vielen nationalen und internationalen Preisen geehrt worden. Zahlreiche Veröffentlichungen wurden in mehrere Sprachen übersetzt.

Zu seinen bekanntesten Büchern zählen zweifellos die hervorragende Erich Kästner-Biografie »Die Zeit ist kaputt« oder die Trilogie zur deutschen Geschichte »Die roten Matrosen« (1918), »Mit dem Rücken zur Wand« (1932/33) und »Der erste Frühling« (1945).

Sein Anliegen ist es, spannende Geschichten zu erzählen, die Spaß machen und trotzdem Wissen vermitteln. Gerade durch seine feine

Beobachtungsgabe gelingt es ihm, den Leser zusammen mit seinen Akteuren denken und fühlen zu lassen; ihre Ängste, Sorgen und Nöte deutlich zu machen, ja, die Personen des Buches in das Gedächtnis des Lesers einzugraben, und das oft für eine lange Zeit.

Klaus Kordon wird bei uns sein neues Buch »Julians Bruder« vorstellen, die tragische Geschichte zweier Freunde, die nach den Verfolgungen während der Nazi-Zeit ins sowjetische Internierungslager Buchenwald geraten. Zu dieser Veranstaltung im Rahmen der diesjährigen Berlin-Brandenburgischen Buchwochen möchten wir Sie zusammen mit der »Gutenberg-Buchhandlung« ganz herzlich einladen.

Stadtbibliothek Eberswalde

## Reichspogromnacht

**Eberswalde (bbp).** Vor 68 Jahren, am 9. November 1938, brannten in ganz Deutschland die jüdischen Gotteshäuser. Auch die Eberswalder Synagoge fiel den Flammen zum Opfer. Noch in der Nacht und am folgenden Tag wurden die jüdischen Geschäfte in Eberswalde verwüstet, die ersten Juden zu Tode geprügelt. Bis März 1939 waren alle jüdischen Geschäfte in den Besitz von »Ariern« übergegangen (vgl. Heimatkundliche Beiträge Nr. 2: »Zur Geschichte der Eberswalder Synagogen-Gemeinde« u. Salka Trieloff: »Jüdische Bürger in Eberswalde«). Die systematischen Judenverfolgungen steigerten sich schließlich in der planmäßigen Vernichtung. 1945 lebte kaum noch einer der 270 Eberswalder Juden in der Stadt.

Auch in diesem Jahr bietet sich am 9. November die Gelegenheit, um 18 Uhr am Denkmal der jüdischen Synagoge in der Goethestraße den Opfern der Judenverfolgungen zu gedenken.

## Nach Angola

**Finow (/bbp).** Mit einem Besuch ihrer Partnerschule in Angola setzt die AG Amizade am Gymnasium Finow ihr Afrika-Projekt mit angolanischen Straßenkindern fort. Wie die AG Öffentlichkeitsarbeit des Gymnasiums mitteilt, werden die Angolafahrer am 11. November im Rahmen eines Kulturfestes von ihren Mitschülern verabschiedet. Alle Schülerinnen und Schüler der Schule gestalten gemeinsam ein Kulturprogramm und wünschen den AG-Mitgliedern eine gute Reise nach Angola und viel Erfolg bei ihrem Projekt. Das Kulturfest in der Turnhalle des Gymnasiums beginnt um 11.15 Uhr.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 7 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer  Bank  Bankleitzahl

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

**Coupon senden an:** Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

## Impressum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**telefax:** (0 18 05) 75 111 125 96

**e-mail:** bbp@telta.de

**bbpforum:** bbp-forum-subscribe@yahoo.com (für Abonnenten)

**redaktion:** Gerd Markmann

**fotografie:** BBG (1), Triller (3), Markmann (3)

**druckerei:** PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

**redaktionsschluß:** 30. Oktober 2004

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.*

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 3.12.2004, 12 Uhr.